

Die Währung des alten Zürich

Autor(en): **Krug, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische numismatische Rundschau = Revue suisse de numismatique = Rivista svizzera di numismatica**

Band (Jahr): **24 (1925)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-173087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Währung des alten Zürich

von

Heinrich KRUG.

ERSTES KAPITEL

Das Münzregal der Abtei Zürich.

Im frühesten Mittelalter bestand noch kein entwickelter Geldverkehr. Metalle dienten bis zum 10. Jahrhundert noch selten als Zahlungsmittel; wurden jedoch Waren gegen Metall ausgetauscht, so geschah dies gegen ein bestimmtes Gewicht von Metall und nicht gegen Münzen im heutigen Sinne. Man wog sich das Silber in Pfund und Lot zu, und nicht selten wurden für einen derartigen Zahlungsverkehr auch andere Metalle, wie z. B. Eisen, verwendet. Alsdann schliesslich die Münze eingeführt wurde, passten sich die Münzprägungen noch Jahrhunderte hindurch nicht den Bedürfnissen des Verkehrs an, so dass z. B. in den germanischen Ländern sich der Tauschverkehr neben der metallischen Zahlungsweise erhielt. Ueber die Seltenheit der Münze im Reiche Karls des Kahlen (Mitte des 9. Jahrhunderts) orientiert uns ein Erlass dieses Herrschers, worin bestimmt wurde, dass, sofern sich ein Münzmeister die Mühe nehmen sollte, Münzen auszuprägen, diesem als eine Art Prämie fünf Pfund Silber aus dem königlichen Schatze ausgerichtet werden sollte. Ueber den Münzmangel zur Zeit Karls des Grossen gibt uns ferner ein aufgefundenes Inventar eines Meierhofes in Schwaben Aufschluss. In diesem Urkundenstück finden sich 47 Stück Hornvieh, 300 Stück Schweine, 740 Jucharte Acker usw.

und nur eine Barschaft von drei Schillingen aufgezeichnet. In andern Inventarurkunden dieser Epoche fehlt jede Angabe über einen Vorrat an Geld. In dieser münzarmen Zeit herrschte noch der Tauschverkehr vor. Die Münze spielte in jener Zeit vornehmlich die Rolle einer Rechnungseinheit; die Sachgegenstände wurden ihrem Werte nach in der Geldeinheit ausgedrückt und dienten auf dieser Basis als Tauschobjekte. Der Staat machte es sich damals zur Aufgabe, den Wert dieser Objekte, die als Geld verwendet wurden, gesetzlich festzulegen, und trat daher mit dieser Aktion in die Rolle eines Währungsgesetzgebers. Mit Otto dem Grossen fand die Epoche des vorwiegenden Tauschverkehrs ihren Abschluss. Die Städte hatten sich wirtschaftlich bedeutend entwickelt, Handel und Wandel blühten allerorten; daher ging auch die damalige Kaufmannschaft immer mehr vom reinen Tauschverkehr ab, der sich bei den regsameren Handelsbeziehungen als zu schwerfällig erwies. Das Bedürfnis nach dem weit bequemeren Zahlungsmittel, dem ausgeprägten Edelmetall, der Münze, ward fortwährend dringender. In der gleichen Zeit begannen die Silberbergwerke Sachsens ergiebige Mengen an Silber zu liefern, welche dann an die Münzstätten des Reiches abgegeben wurden, um zu Münze zu werden. Das Münzwesen gewann an Bedeutung, es wurde zu einem notwendigen Element im wirtschaftlichen Leben. Wie sich im Mittelalter alles Leben, wenn es nicht der Sphäre der Kirche angehörte, in den scharfen und engen Grenzen zu bewegen hatte, welche der Staat setzte, war es auch der Staat, der das Münzwesen in seine Machtsphäre aufnahm. Der Staat in der Person des Kaisers und Königs bestimmte den Münzfuss, legte den Feingehalt der Münze gesetzlich fest und erliess Bestimmungen über den Geldverkehr im allgemeinen, wie z. B. über den Wechsel fremder Münzsorten.

Das Münzrecht gehörte daher ursprünglich zu den Regalien des Kaisers (*ad jura fiscei*). Münzstätten waren die

kaiserlichen Pfalzen oder «Palatia». Da nun Zürich auch zu den transitorischen Residenzstädten des Kaisers gehörte, ist anzunehmen, dass auch daselbst eine kaiserliche Münze errichtet war. Urkunden aus dieser Epoche scheinen dies zu bestätigen. In diesem Sinne wird z. B. in einem Briefe vom Jahre 821 Ludwigs des Frommen Zürich als ein «Fiscus noster imperialis» bezeichnet.

Wie wir aus der Geschichte wissen, bröckelte die Macht des Kaisers im Verlaufe des Mittelalters bedeutend ab; die Fürsten und autonomen Städte gewannen fortwährend an Gewalt; teils erkämpften sie sich ihre Rechte, teils gingen diese als Reichslehen aus der Hand des Kaisers an sie über. In diesem Zusammenhange ist auch die Uebergabe des Münzregals durch den Kaiser «zu Lehen» an Städte und Fürsten zu verstehen. Die Münzstätte Zürich ging zuerst an die Herzoge von Schwaben als ein Reichslehen über. Auf diese Tatsache weisen uns die Münzen, die die Inschriften : Conradus dux, Burcardus dux neben dem Worte «Turegum» tragen. An deren Stelle trat schliesslich die Aebtissin des Fraumünsters, welche vom Kaiser das Münzrecht für ein sehr weit ausgedehntes Gebiet erhielt.

Ein solches vom Kaiser «lehensweise überlassenes Münzregal» kennzeichnete sich vor allem durch eine Einschränkung auf die kleineren Münzsorten. Die deutschen Herrscher übergaben nie ein unbeschränktes Münzrecht, sie behielten sich die Prägung der grossen Sorten selbst vor und verliehen den Abteien, Bischöfen und Städten nur die Vollmacht, kleinere Münzen auszuprägen, welche für den Lokalverkehr reichten. Beispiele besitzen wir in der Münzgeschichte Deutschlands, welche uns erzählt, dass der Kaiser zu Frankfurt grosses Geld ausgab, die Stadt dagegen nur befugt war, kleine Münzen zu prägen.

Diese Zweiteilung des Münzrechtes finden wir bereits in der Geschichte des alten Rom. Die römischen Kaiser behielten sich ausschliesslich das Recht vor, Gold und

Silbergeld selbst auszugeben; dem Senat dagegen verblieb nur die Ausmünzung von Kupfergeld.

Trotz diesen Einschränkungen des Münzregals bedeutete dieses einen bemerkenswerten finanziellen Gewinn; denn in diesem Zeitalter waren es vornehmlich die kleineren Geldsorten, die zirkulierten, schwere Münzen liefen bei der bedeutenden Geldarmut des Mittelalters nur in geringem Masse um und fanden in abgelegenen Landesbezirken überhaupt keinen Eingang. Ausserdem besass auch das kleine Geld starke Kaufkraft, die um ein vielfaches den heutigen Verkehrswert der Münze übertraf.

Das Münzrecht der Aebtissin zum Fraumünster war eine Schenkung des Kaisers, die an die Person der Kirchenfürstin selbst gerichtet war; das Münzrecht war nicht wie die andern Rechte an das Gemeinwesen der Abtei geknüpft und ihren Rechten einverleibt. Daher musste von Rechtswegen die Verleihung des Münzregals an jede neue Aebtissin bei ihrem Amtsantritt vom Kaiser wieder neu bestätigt werden. Dass diese Rechtsanordnung in der Folge von den deutschen Herrschern fortwährend in den entsprechenden Fällen geübt wurde, steht nach den Urkunden der Abtei nicht fest; dagegen überliefert uns die Geschichte Zürichs die Tatsache, dass die Kaiser öfters an die neuen Aebtissinnen das Münzprivileg bestätigten. In diesem Sinne gibt uns eine Urkunde darüber Aufschluss, dass z. B. Kaiser Rudolf, als er sich im Jahre 1272 in Zürich aufhielt, den Münzlehensakt wiederholte.

Ueber den Zeitpunkt der Verleihung des Münzregals an die Abtei und über die Person des Kaisers, welchem diese Schenkung zugeschrieben werden soll, herrschen in der einschlägigen Literatur widersprechende Ansichten. Jedenfalls ist nicht anzunehmen, dass die Fraumünsterabtei von ihrem Stifter, dem König Ludwig dem Deutschen, bei ihrer Gründung im Jahre 855 das Münzrecht erhielt, denn in der Stiftungsurkunde finden wir keinerlei Angaben über eine Verleihung des Münzprivilegs an die Abtei.

Einige spätere Urkunden des Fraumünsters sprechen von einer Uebergabe von Zoll- und Münzrecht durch den Stifter Ludwig; eine alte Zollrolle z. B., die Hottinger in seinem «Speculum Tigurinum» anführt, beginnt mit den Worten: «*Ludovicus rex, fundator huius monasterii, constituit dari theloneum nostro monasterio in hunc modum...*». Durch diese Angaben wurde besonders J. H. Ott beirrt, wenn er in seinem Werke «Vom alten Staatsrecht der Stadt Zürich»¹ behauptet, dass König Ludwig die Münze seinen Töchtern, den ersten Aebtissinnen, verliehen hätte. G. von Wyss bestreitet ebenfalls in seiner Geschichte der Abtei Zürich die Zurückführung des zürcherischen Münzrechtes auf Ludwig; dieser Autor schreibt die Ueberlieferung dieses geschichtlichen Irrtums dem Magister Johannes Hering, dem Chorherrn am Fraumünster, zu. Bluntschli geht dagegen in seinen «Memorabilia Tigurina» einen falschen Weg, wenn er Karl dem Grossen die Münzverleihung an die Abtei zuschreibt. G. E. von Haller sucht diese letztere Ansicht dadurch zu widerlegen, indem er die Behauptung aufstellt, dass unter Otto dem Grossen die Abtei bereits eigene Münzen ausgeprägt haben müsse, da dieser Herrscher im Jahre 972 der Abtei Einsiedeln die Befreiung von Zoll und Münze Zürichs zuerkannte. Otto III. hätte sich in einer Urkunde von 984 hierüber noch näher mit folgenden Worten ausgesprochen: «*...ut nullus publicus exactor telonium a quocunque negotio vel percussurum monetæ in loco Turegum nuncupato exigat.*»... Haller übersieht bei dieser Darlegung, dass vor der Abtei Zürich die alemannischen Herzoge in dieser Stadt Münzen schlugen und dass daher in den erwähnten Urkunden nur das Bestehen dieses Münzrechtes zu erkennen ist.

Faktisch aber weisen uns viele und gewichtige Anhaltspunkte darauf hin, dass die Verleihung des Münzprivilegiums an die Abtei ins 11. Jahrhundert fällt. Tatsächlich

¹ 3. Teil, in «Neueste Sammlungen vermischter Schriften». Zürich 1777.

war das Kloster bereits im Jahre 1153 im Besitze des Münzrechtes. Die Urkunde, die uns diese Tatsache erweist, führt eine Liste der Beamten des Fraumünsterklosters auf¹. In dieser wird nun neben einem Henricus Tribunus, Rudolfus Telenearius und Rudolfus Decinarius ein Rudolfus Monetarius genannt; dieser letzte war also nach dem damaligen Sprachgebrauch ein Münzmeister. Für uns ist vor allem wichtig, dass diese Person auch zu den Beamten der Abtei gehörte, was uns die Schlussfolgerung gestattet, dass das Fraumünster in jener Zeit bereits das Münzrecht ausgeübt hatte.

G. von Wyss² stellt nun fest, dass es Kaiser Heinrich III. war, welcher die damalige Aebtissin Irmengard (1037 bis 1045) mit Markt, Zoll und Münze in Zürich beschenkte; die ersten Münzen tragen, wie G. von Wyss aussagt, das Bildnis der Aebtissin Irmengard. Auch Dr. H. Meyer schreibt die Münzverleihung Kaiser Heinrich III. zu, welcher von 1039 bis 1056 in den deutschen Landen regierte. Kaiser Heinrich IV. kann deswegen nicht in Betracht kommen, da Zürich dauernd zur Partei seiner Gegner hielt. Dagegen bestand zwischen Heinrich III. und Zürich das beste Einvernehmen; der Kaiser hielt sich öfters in dieser Stadt auf und war der Geistlichkeit daselbst sehr gut gesinnt. Geschichtlich steht jedenfalls fest, dass das Chorherrenstift diesem Herrscher viel verdankte. — Eine Münzverleihung an die Abtei vor dem 11. Jahrhundert aber ist ausgeschlossen, da durch die Münzforschung nachgewiesen wurde, dass bis zu diesem Zeitpunkt von den deutschen Kaisern noch keine Münzprivilegien an die Abteien und Kirchenfürsten verliehen wurden.

Mit dem Münzrecht war auch verbunden ein Recht auf einen Münzbezirk, der gewöhnlich mit scharfen Grenzen umschrieben war. In einem solchen Bezirke durfte kein

¹ Bluntschlis Rechtsgeschichte.

² *Geschichte der Abtei Zürich.*

anderes Geld als dasjenige der privilegierten Münzstätte und jenes des Kaisers zirkulieren. Alle fremden Münzsorten mussten in einer eigens hierzu errichteten Wechselbank umgetauscht werden. Der Beamte, der das Wechselgeschäft besorgen musste, wurde gewöhnlich als « Monetarius » bezeichnet.

Der Münzbezirk der Abtei Zürich erstreckte sich über den ganzen Zürichgau und über einige Bezirke des Thurgau und Aargau; das Münzrecht der Aebtissin galt also im ganzen Gebiet des schweizerischen Alemanniens. Innerhalb dieses grossen Gebietes sind nur der zwischen Murg und Bodensee liegende Teil des Thurgau auszunehmen, da in letzteren Territorien der Abt von St. Gallen und der Bischof von Konstanz das Münzrecht seit dem 10. Jahrhundert ausübten. Aus dem Münzbezirk scheidet ferner das Städtchen Zofingen mit dem Jahre 1239 aus, welches mit diesem Zeitpunkte eine eigene Münze für den Verkehr innerhalb seiner Stadtmauern ausgeben durfte.

Die Urkunde, die uns die Ausdehnung des zücherischen Münzbezirkes bezeichnet, stammt, wie G. von Wyss feststellt, von Magister Johannes Hering, dem Chorherrn des Grossmünsters, her. Der Text dieses Urkundenstückes ist folgender: «Diss ist ein Copy wie verr die müntz unsers Gotzhuss gan soll. — Es ist ze wüssen dz unser Müntz Zürich gan sol in allem Zürich göw uff durch Glarus für wilstatt uff untz an den grünen Hag ouch sol sy gon durch all Waltstett untz an den gohart aber durch als Aargöw untz an die wagenden Studen aber nit sich ab untz an den Howenstein und durch als turgöw untz an die murggen dazwüsch sol kein eigen Müntz sin den allein Zoffingen in der Ringkmur und ouch nit fürbass.»

D^r H. Meyer interpretiert die für uns unklaren Ortsbezeichnungen folgendermassen:

Unter dem «grünen Hag» ist eine Abgrenzung zwischen Ragaz und Sargans durch das Flüsschen Sare zu verstehen. Die «wagenden Studen» bezeichnen den Grenzbezirk bei

Huttwil zwischen den Kantonen Bern und Luzern, eine Linie, die ziemlich gerade gegen Aarwangen zuläuft. Die Bezeichnung «Howenstein» bedeutet nicht das Gebirge bei Olten, sondern das Städtchen Hauenstein am Rhein unterhalb Waldshut. Die «Murgg» ist der Fluss, der bei Frauenfeld in die Thur fliesst.

An dieser Stelle führt D^r H. Meyer eine zweite Urkunde vom Jahre 1365 an, die inhaltlich unterschiedlich von der ersten ist. Wir geben auch hier den Text wieder:

«Wan man in Zürich eine Münz schlaht, dass man die nemmen sol durch alles Aargau uf unz an die wagenden Studen, den Zürichsee uf für Wallenstatt unz an den grünen Hag, in allen Turgau unz an die Murgg, nit sich ab, unz do die Aare in den Rhin gat, und sollen ouch die von Zürich in allen der Herrschaft Vestinen uud Stetten iren Wechsel haben und sol ouch in den vorgeschribenen Kreisen kein ander münz gahn den Zürcher Münz.»

Wie aus dieser zweiten Urkunde zu ersehen ist, hatten sich die Umstände bedeutend geändert; in letzterer ist davon die Rede, dass der Herrschaft Vestinen und Stette auch in den Münzbezirk Zürichs gehören; es waren dies, nach D^r H. Meyer zu schliessen, die Besitzungen des Grafen von Habsburg. Ferner wird im vorliegenden Aktenstück das unabhängige Münzrecht des Städtchens Zofingen nicht mehr genannt. Dies darf uns aber nicht den Schluss ziehen lassen, dass Zofingen sein Münzprivilegium später verloren hätte. Die erste Urkunde stammt aus einer Zeit, wo Oesterreich noch keinen Besitz im Gebiete Zürichs hatte; die zweite dagegen bezieht sich auf vollständig veränderte Gebietsverhältnisse. Das Haus Habsburg hatte schliesslich im Zürichgau festen Fuss gefasst, und die Ländchen Glarus, Uri, Schwyz und Unterwalden waren sogar in seine Abhängigkeit gelangt. Das Städtchen Zofingen aber war damals bereits in den Besitz Habsburgs übergegangen, und damit wurde auch das Münzrecht dieses Städtchens an die Grafen dieses Hauses übertragen. Da-

durch drang die Zofinger Münze aus den engen Ringmauern heraus, gelangte in allen Landesteilen der Grafschaft in den Verkehr und schaffte sich auf diese Weise auch Eingang in den zürcherischen Gebieten.

ZWEITES KAPITEL

Die Münzen der Abtei Zürich.

Ueber die ersten Münzen der Abtei Zürich (Fraumünsterkloster) besitzen wir sehr wenig Anhaltspunkte. Die ersten Ausprägungen waren jedenfalls nicht bedeutend, denn bis ins 13. Jahrhundert hinein spielte die Münze in Handel und Wandel meistens nur die Rolle einer Rechnungseinheit, in welcher sich der Tauschverkehr vollzog. Dennoch haben wir bereits in jener Epoche Aenderungen im Münzfusse, wobei aus der Silbergewichtseinheit, der Mark (zirka 250 g), in rascher Folge immer eine grössere Anzahl von Münzeinheiten (Pfennigen) ausgeprägt wurde. Die drei hauptsächlichsten Münzwertbezeichnungen, nach denen im Mittelalter in Zürich gerechnet wurde, sind das Pfund, der Schilling und der Pfennig ($1 \text{ } = 20 \beta$, $1 \beta = 12 \text{ s}$ [Pfennige])

Im Jahre 1150 prägte die Abtei nach dem sog. Halleschen Münzfusse aus; es kamen also 36 Schillinge auf die Mark Silber. Anno 1214 hatte man bereits den Münzfuss auf 40 Schillinge, Anno 1234 auf 48 und 1272 auf 52 Schillinge die Mark abgeändert. Im Jahre 1301 waren es sogar 240 Schillinge, die auf eine Mark Silber ausgeprägt wurden. Wir werden im weitem noch auf die fortwährende Münzverschlechterung im Mittelalter zu sprechen kommen; an erster Stelle jedoch wird uns interessieren, in welchem Verhältnis das wirtschaftlich aufblühende Zürich zum Münzmonopol der Aebtissinnen des Fraumünsters stand. Schon frühzeitig haben wir eine Opposition der Stadt gegen

die Abtei festzustellen; vor allem bewegte sich der Rat in seiner Münzpolitik entgegen den Interessen des Fraumünsterklosters. Es war Sache der Stadt, den Münzbann aufrecht zu erhalten; wir wollen damit sagen, dass nach den Verfügungen der Kaiser, die der Abtei das Münzrecht verliehen und bestätigt hatten, die Stadt verpflichtet war, keine fremden Münzen in den Verkehr ihres Gebietes zuzulassen. Materiell konnte die Stadt durch die fremden Münzen, so lange diese den einheimischen an Feingehalt gleichwertig waren, keinen Schaden erleiden; dagegen bedeutete die Verdrängung des fremden Geldes und die Durchführung des Zahlungsverkehrs mit der Münze der Abtei für das wirtschaftlich und politisch aufstrebende Zürich nichts anderes als die Anerkennung einer demütigenden Abhängigkeit von der Fraumünsterabtei. Aus dieser Erwägung heraus ist zu verstehen, warum Zürich fremdes Geld in den Verkehr aufnahm und somit eine Münzpolitik betrieb, welche es später, als das Münzrecht faktisch auf die Stadt übergegangen war und dem Rate ein finanzielles Interesse am Münzmonopol erwuchs, nicht mehr befolgte.

Der erste Streit zwischen der Abtei und der Stadt, von dem wir Kunde haben, entspann sich unter der Aebtissin Judenta von Hagenbuch (1228—1254). Die Abtei hatte im Jahre 1238 das Münzrecht an drei zürcherische Ritter verpachtet, welche nun offenbar im Gewinne aus den Münzprägungen durch die Zulassung des fremden Geldes geschmälert wurden und sich darüber bei der Aebtissin beklagten. Die Oberin des Klosters, Judenta, wandte sich, durch diese Klage veranlasst, unmittelbar an den Rat und forderte die Wiedereinführung des Münzmonopols der Abtei im Gebiete Zürichs. Dieser Streitfall wurde noch durch folgenden Umstand verschärft: Inzwischen war nämlich eine neue Münzeinheit, der Haller, in Umlauf gekommen; diese Münzsorte war zirka 62,5 % minderwertiger als die bisherige Verkehrsmünze, der Angster-Pfennig.

Die Stadt suchte die der Abtei schuldigen Grundzinsen, Renten und Zölle mit der laufenden Währung zu bezahlen. Dagegen verwahrte sich aber die Aebtissin und machte geltend, dass die Abgaben in der alten Geldsorte oder wenigstens in der neuen Währung mit entsprechendem Aufgelde zu entrichten seien. Zürich wollte sich nun nicht zum Nachgeben bewegen lassen, und infolgedessen nahm dieser Münzstreit eine derartige Heftigkeit an, dass die Aebtissin die Intervention des damaligen deutschen Königs Konrads IV. anrief. Dieser Herrscher zögerte nicht, auf die Klage der Aebtissin Judenta einzutreten und in scharfen Worten Zürich zu mahnen, die Rechte der Abtei fernerhin zu respektieren und die Abgaben nach dem von der Aebtissin gewollten Zahlungsmodus zu entrichten. Das königliche Schreiben ist datiert vom 11. Oktober 1241 und hat folgenden Inhalt:

Wir Konrad, Kaiser Friedrichs Sohn, von Gottes Gnaden erwählter römischer König, allzeit Mehrer des Reiches und Erbthronfolger, entbieten dem Reichsvogt zu Zürich und der Stadt die Versicherung unserer Gnade und unseres Wohlwollens. Es ist uns zur Kenntnis gelangt, dass die unserer Hoheit teure Fürstin und hochwürdige Aebtissin zu Zürich eine grosse Einbusse an den Rechten, die sie von unserm Reiche zu Lehen besitzt, von eurer Seite erlitten hat. Wir aber, die wir willens sind, einer solchen drückenden Ungerechtigkeit abzuhelfen, befehlen euch bei Androhung des Verlustes unserer Gnade, die Rechte der Abtei hochzuhalten und im besondern keine fremden Münzen in eurem Gau zu dulden oder doch zum mindesten jene an Zahlungsstatt mit einem gebührenden Aufwechsel zu geben ¹.

¹ Cuonradus divi Augusti Imperatoris Friderici filius Dei gratia Romanorum in Regem electus semper Augustus et heres regni Jerosolymitani advocato et universis civibus Thuricensibus fidelibus suis gratiam suam et omne bonum. Significavit celsitudine nostre dilecta princeps et fidelis nostra venerabilis Thuricensis Abbatissa, quis in moneta sua quam tenet a nobis et a culmine imperiali ratione feudi et in ceteris juribus suis derogetur, in tantum quod in debitis pensionibus et consuetis

Der erste Anlauf der Stadt, die Münzautonomie der Abtei zurückzudrängen, hatte somit fehlgeschlagen. Jedoch sind einige Anhaltspunkte vorhanden, dass Zürich mit immer grösserem Erfolge während des 13. Jahrhunderts die wirtschaftliche Unabhängigkeit anstrebte und schliesslich auch in Münzdingen ein Kompromissverhältnis mit der Abtei erreichte. Unter letzterem verstehen wir die Pachtverträge, welche die Aebtissinnen mit Zürcherbürgern zur Abtretung des Münzrechtes an diese auf meist längere Zeit abschlossen.

Der älteste bekannte Münzpachtvertrag, der auch, wie wir eben ausführten, eine der Ursachen des Münzstreites von 1241 bildete, wurde den 4. Juni 1238 zwischen der Abtei und den Rittern Rüdger Maness, Heinrich vom Münsterhofe und dem Zoller der Abtei, Konrad Thyon, auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Im Vertrage wurde eine Ausprägung von 49 Schillingen aus der 15lötigen Mark (die Mark enthielt 16 Lote) bestimmt. Die jährliche Pachtgebühr an die Aebtissin war auf 6 Mark Silber angesetzt. Wurde den Pachtvorschriften nicht nachgelebt, war vereinbart, dass jeder Pächter 20 Schilling als eine Art Konventionalbusse zu bezahlen hatte.

Weitere Verpachtungen erfolgten unter der Aebtissin Elisabeth von Wetzikon (1270—1298). Den 1. Dezember 1272 verlieh die Aebtissin an sechs Bürger Zürichs auf drei Jahre das Münzrecht; die Pächter waren: Konrad Thyon, der bereits beim vorhergehenden Pachtvertrage beteiligt war; ferner Heinrich der Terrer, Werner Ribberlin, Heinrich Goldstein, Hugo von Luchuft und Rudolf

sibi et sue ecclesie persolvendis defectum intollerabilem paciatur, cum ergo huiusmodi injuriis et gravaminibus obviare debemus, mandamus vobis per obtentum gratie domini et patrie nostri se nostre firmiter et districte predipientes, quatinus in vestro districtu nullos permittatis denarios dari in preiudicium et gravamen dicte fidelis nostre se monete sue, nisi sub cambio competenti, in ceteris quoque juribus ipsam abbatissam et ecclesiam suam teneatis in debitis usibus et honorificentis, ut deinceps in hac parte de vobis non possit habere materiam conquerendi. (G. v. Wyss, *Geschichte der Abtei Zürich.*)

Schäflin. Die Pachtgebühr wurde auf 20 Mark Silber angesetzt. Für das erste Jahr waren 10, für das zweite 6 und für das dritte 4 Mark zu bezahlen.

Der Münzfuss, in welchem die neuen Ausprägungen vorgenommen werden sollten, war etwas geringer als jener des letzten Pachtvertrages: aus der 15lötigen Mark sollten nun 51 Schillinge geschlagen werden (49 Schillinge Anno 1238). Auch ist aus dem Vertragstexte ersichtlich, dass grosses Gewicht auf eine genaue Ausprägung gelegt wurde¹.

Dieselbe Aebtissin Elisabeth verpachtete 18 Jahre später, den 25. November 1290, wiederum ihr Münzrecht an die Stadtbürger Rudolf Schäfli, Heinrich Goldstein und Konrad Thyon, an drei Münzmeister, die bereits schon den letzten Pachtvertrag mitkontrahiert hatten. Besonders bemerkenswert in diesem Vertrage sind die eingehenden Bestimmungen über die Feingehaltsprüfung der neu ausgeprägten Münzen. Danach wurde angeordnet, dass der Reichsvogt (denn Zürich gehörte damals noch zum deutschen Reiche) in Gegenwart von zürcherischen Räten eine Handvoll neuer Pfennige im Feuer auf ihren Feingehalt prüfte.

¹ ... Swer ouch von der münze len hat, den sun si weren sins Lehens, als unz her gewonlich ist gewesen und sint ouch dien giselschette als uns gebunden, und soll diu münze also stan, dz uf iegeslich march silbers, die siu wurchent sol gan ein und vünzech schillinge mit gewicht, und sol aber diu march mit sechzehen phenninge ab der march gewicht gan, darumb sun die münzmeister ern olde guotz dekeine gerichte schuldich sin. Drift aber ez daruber, so sint si dem gerichte schuldich als unz her gewonlich ist gewesen, ouch ensol dehein voget olde ander richter der hie ist enhein phenning versuochen mit brande olde mit gewicht, wan den er an dem wechsel offenlich funden hat. Beschicht ouch dz daz diu münze dkein irret older stoz im lande gewinnet, da von die münzmeister schaden nun gewinnen, daz han wir und siu gesezet an hern Rue, Manezzen und Uol, den Vriburger, dz die dis gelegenheit alle an sehen und des gewarlich sin, was siu uns und die münzmeister heizen, daz sun wir stete han, als wir bi unser trüwe beidunthalb gelebt han, gewinnet aber diu münze enhein schedlichen stoz, so sol daz gedinge als hievor gesprochen ist, stete sin. Diz beschach mornandes nach Sant Adreas tage, do von unsers Herren geburt waren zwelf hundert und sibenzeh und zwei iar und zeinem urchunde und werschefte des hie vor geschriben stat, so geben wir dien vor genanden münzmeistern disen Brief und unser Ingesigel daran, und behalten uns den ander, wand ir dur gewarsami zwene gliche sint geschriben. (G. v. Wyss. *Geschichte der Abtei Zürich.*)

Seit der Amtsperiode der Aebtissin Elisabeth hatte sich die Münze im Verlaufe von 40 Jahren so sehr verschlechtert, dass im Jahre 1335 bereits 100 Schillinge die Mark, statt wie früher (1150) 36 ausgeprägt wurden.

Da sich mit dem Beginn des 14. Jahrhunderts die politische Stellung Zürichs zum Kaiser und zum Reiche freier gestaltete und sich die Stadt nicht mehr viel um die Erfüllung der kaiserlichen Rechte kümmerte, gelang es schliesslich der Stadt, die mit hervorragender politischer Energie errungene Autonomie auch auf das Münzwesen auszudehnen. Diese neue Epoche der zürcherischen Münze kennzeichnet ein Ratsedikt im Vorfrühling des Jahres 1335, wo von Regierungswegen die Ausgabe einer neuen Münze beschlossen wurde. Es handelte sich um eine Aufwertung des bisherigen Geldes: ein neuer Schilling sollte zwei alten gleichgesetzt werden. Der 1. Mai desselben Jahres 1335 brachte eine umfangreiche städtische Münzordnung, die eine Reihe von Bestimmungen über die Ausserkurssetzung der alten Pfennige, die städtische Wechselbank, die Einschmelzung neuer und alter Pfennige und die Ablösung alter Schulden in der neuen Währung enthielt. Alle späteren Ratsurkunden über die Regelung des Münzwesens tragen mit wenig Abänderungen das Gepräge dieser ersten Münzordnung. Wir erachten es daher für vorteilhaft, uns im folgenden mit den einzelnen Bestimmungen dieses Ratsediktes zu befassen und zu versuchen, die leitenden Prinzipien der nunmehr städtischen Münzpolitik zu erkennen.

Die dem Mittelalter eigentümliche Bestimmung, dass mit einer neuen Münze die alte ausser Kurs gesetzt werden sollte, kam auch in Zürich bei jeder neuen Ausprägung zur Geltung. Die alte Münze durfte in keiner Weise als Zahlungsmittel verwendet werden; sie war dem Münzmeister oder dem städtischen Wechsler abzuliefern, damit sie umgetauscht wurde gegen neues Geld. Mit Bussen und selbst Freiheitsstrafen wurden jene bedroht, die zuwiderhandelten. Diese Bestimmung hat folgenden Wort-

laut: «Der Rat und die Burger sind gemeinlich ubereinkomen, dass nieman Zürich enkeiner hant ding weder heimelich noch offenlich kouffen noch verkouffen sol hinnenhin, wan mit nuwen pfenningen und swer her uber margtet von einem pfenning untz an 1 β, der git 1 β, und von 1 β untz an 5 β git er 5 β ,..... etc. und von 10 β untz an 1 ⸙ als manig pfunt es ist, von ie dem pfunde 10 β ze buosse, und sol eniglicher Rat die buossen in nemen bi dem eide, es werre denne so verre, das ein arm mensch einen pfenning oder zwene ane geverde und brot gebe und der nicht anders hette, an alle geverde. Und alle loene sol man ouch alsus verlonen, und wer anders tuot, der git die vorgeant buosse.»

Dieser allgemeinen Bestimmung fügte der Rat noch eine spezielle für den Kornverkauf um neue Pfennige bei. Hier finden wir eine merkwürdige Durchbrechung der allgemeinen Bestimmung. Die Landleute sollten ihr Korn nur um neue Pfennige verkaufen; beharrten sie aber darauf, in alten bezahlt zu werden, so wurde ihnen gestattet, das eben erhaltene neue Geld auf der Münze in altes umtauschen zu lassen. Der Text dieser Bestimmung ist folgender:

«Es ist ouch beredet, ist das ein gast korn in unser stat bringet, das sol er mit namen umb nuwe pfenninge verkouffen, und wil er aber die nuwen pfenninge ze alten pfenningen bringen, das sol er an enkeiner stat Zürich tuon, wan ze der muntze da man den wechsel vindet.»

Offenbar wurde für die Zeit der Umwechslung von neu geprägtem Geld gegen altes ausserordentliche Wechselstellen errichtet; auf jedem Limmatufer wurde eine besondere Wechselbank aufgestellt; doch sollten in diesen nur Summen bis zu 10 Schillingen umgetauscht werden, grössere Beträge wurden zum Umwechsel auf die Münze verwiesen¹.

¹ So setzen wir das ein Rat zwene erber burger nemen sol, der eine ennet A (jenseits der Limmat, in der kleinen Stadt, auf dem linken Ufer) ze gadem sitze

Besondern Wert legte der Rat auf das staatliche Monopol für den Silberankauf. Alles Silber sollte zuerst durch die Münzstätte gehen und erst dem freien Handel übergeben werden, wenn jene genügenden Silbervorrat besass. Durch diese Bestimmung hatte es auch der Staat in der Hand, den Silberpreis festzusetzen und sich dauernd mit einer genügenden Menge an Silber für Münzzwecke zu versehen. Die weitem Verordnungen über die Einschmelzung von neuen und alten Geldstücken sind in erwähntem Zusammenhang zu betrachten. Den Münzmeistern war es anheimgestellt, nur in bestimmten Fällen Ausnahmen von diesen Münzverordnungen zu gestatten, wie wir aus folgendem Texte entnehmen :

«Aber sin wir uberein komen, das nieman Zürich enkein silber, es si loetig oder bruchsilber kouffen sol, die muntzmeister erlauben im es denne. Und sol ouch enkein goltsmid noch nieman anders weder silber noch alt pfenninge brennen, wan mit der muntzmeister wissende und willen, durch das alles silber an der muntze geantwurte werde, ob man ein da icht bedurfte ze kouffene.»

Die übrigen Bestimmungen der zürcherischen Münzordnung von 1335 befassen sich mit dem Geldwechsel fremder Münzsorten, ... es war jeder freie Wechsel von auswärtigen Münzen strenge untersagt...¹; ferner wurde die Annahme der verrufenen Berner, Solothurner und

und der ander hie dirrent A (auf der Seite des Rathauses in der grossen Stadt) die gemeinlich armen lüten wechseln bis 10 β und dar under. Swas aber ieman ob 10 β wechseln wil? das sol man tuon ze der muntze. Ist aber das ein gast icht kouffen als zerren wil oder icht verlonen wölte, der mag wol alte pfenninge geben für nuwe, ist, das er nicht nuwer pfenningen haben mag ane geverde, also das der vorwechsel an den alten pfenningen für die nuwen geben werden. Und sol aber der burger oder burgerin, so die alten pfenninge für die nuwen alsust empfangen hant, die selben alten pfenninge ze dem wechsel (die letzten Buchstaben sind durch einen Randstreifen rechts überklebt. Anm. Zel er-Werdmüllers) ... der muntz antwurten bi dem eide.

¹ Ouch setzen wir, das nieman Zürich enkeinen wechsel triben noch haben sol, wan dem es ... der Rat mit der muntzmeistern wissende erlaubet, wan gold und guldin — venetien, krutzer, strasburger, kostenzer, haller und solich pfenninge, die ze der muntze nicht hoerent, die mag ie der man wol kouffen und verkouffen mit nuwer pfenningen, so er wil. —

Bürgdorfer Münzen verboten¹, Freiburger, alte Basler, Zürcher und Zofinger Pfennige sollten nur nach ihrem Gewichte gegen neue Zürcher Pfennige umgewechselt werden².

Ein besonderes Verbot wurde ferner über die Einschmelzung neuer Pfennige erlassen und eine auffallende Bestimmung über Unterlassen des Auslesens neu ausgeprägter Münzen beigefügt³. Wie Zeller-Werdmüller hier interpretiert, begründete sich das Verbot des Auslesens neuer Pfennige darin, dass von jeher die schweren Stücke der sehr ungleich und unbehilflich aus viereckigen Silberblechstücken ausgeprägten Silberpfennige von den Wechslern ausgelesen und eingeschmolzen wurden, während die zu leichten Münzen im Umlauf blieben. Dies bewirkte im Laufe der Zeit eine Entwertung alter Prägungen und gab jeweilen zu Erneuerungen der Umlaufmittel Veranlassung.

Anschliessend an diese Münzverordnungen hatte der Rat eine Reihe von Uebergangsbestimmungen erlassen, in welchen eine gewisse Frist, für Christen ein Jahr, für Juden zwei Jahre zur Rückzahlung von Schulden in alten, Pfennigen gesetzt wurde⁴, wie auch ähnliche Verordnungen

¹ Aber sin wir einhelleklich uberein komen, das nieman die nuwen muntze von Berne, von Burgdorf (Burgdorfer Münzen wurden erst seit 1328 durch die Grafen von Kiburg und zwar von ganz geringem Gehalte ausgeprägt. Anm. Zeller-Werdmüllers) und von Solottern ouch Zürich offenlich verboten und versworn sint,

² Dar zuo sind wir uberein komen, das man aller Friburger pfennige, alte Baseler, Züricher und die kronechten Zovinger pfennige, da man der aller ein lot nemen sol : mb 3 1/2 β nuwer pfenning. (Kronechte Zofinger Pfennige waren mit einem gekrönten Frauenkopf oder der gekrönten österreichischen Helmzier versehene Münzen. Anm. Zeller-Werdmüllers.) Aber setzen wir, das man gemeiner pfennigen ein lot nemen sol umb 3 β 3 Ⓝ der nuwen:

³ Ouch sol enieglicher Rat Zürich, der danne gewelt hat, versehen mit in selben und mit allen den, so si dunket, die nutze und guot dar zuo sind, das nieman die nuwen pfennigen brenne noch enweg sende ze brennenne, noch uslesse, noch uslese, und das dis geschriben alles von mannen, von frouwen, von armen und von richen stete belibe und also versorget werde mit eiden und mit andern dingen, das enkein gebreste noch irrung her unde kome bi dem eide.

⁴ Der Rat und die burger sint uberein komen, das man Cristen luten mit alten pfennigen ane die muntzen, die ouch Zürich verboten sint, gelten sol, von nu disen nechsten Ostern uber ein jar und Juden von Ostern uber zwei jar, und zwer dem andern gelten sol, git er im ein march silbers, so hat er in gewert 5 Ⓝ alten

über Bezahlung von Grundzinsen in alter Münze¹. Damit ferner jedem Streite, der zwischen Schuldner und Gläubiger bei einer Zahlung auf dieser Basis vorgebeugt werden konnte, wurde eine besondere Kommission geschaffen, die sog. Pfennigschauer, welche die Aufgabe hatten, die Geldstücke zu besehen und im Streitfall deren Wert zu bestimmen².

Zusammenfassend können wir erkennen, dass der Rat von Zürich in jenem Zeitpunkte, wo er die faktische Münzhoheit erreicht hatte, alle Massnahmen ergriff, um sich diese dauernd zu sichern. Denn die Ausübung des Münzregals war in jener Zeit noch mit einem bedeutenden Gewinne verbunden und war nicht die geringste Einnahmequelle für den Staat. Aus diesen einzelnen Bestimmungen, denen der Rat selbst Gesetzeskraft verlieh und sie mit einem bedeutenden Strafmasse bei Uebertretung ausstattete, ersehen wir ferner, dass sich die zentralistische Tendenz der mittelalterlichen Regierungen auch im Münzwesen Geltung zu schaffen wusste. Nicht nur legte der Staat, der die Münzhoheit ausübte, die Hand auf den

pfenning (Unter dieser Summe sind 1200 alte Pfennige zu verstehen, die Münzwertung hatte also, wie auch dieser Angabe zu entnehmen ist, den Pfennig um das doppelte heruntersetzt. Die neuen Pfennige sollten nun nach obigen Ratsverordnungen im Verhältnis von 1 : 2 in alte Pfennige umgetauscht werden.) ein guldin sol man nemen für ein \overline{x} , und ein turney für 20 alte \mathfrak{s} , und 1 β nuwer \mathfrak{s} sol man richten für 2 β alter \mathfrak{s} und sol die nuwe muntze usgan gevonlich in aller der stat Zürich an dem nechsten montage nach Reminiscere (13. März 1335).

¹ Aber sint die burger mit den reten uberein komen umb alle pfennig zins, die von husern ald ab andern guetern gant, swie die geheissen sint, das man die noch die fronvasten ze sant Regeln tult und ouch untz uf das selb zil mit alten pfenningen verzinsen sol, die iezent geng und gebe sint und dannen hin sol man mit nuwen pfenningen zinsen und alle pfenning gult usrichten an alle wider rede. — Ouch ist man uberein komen umb pfender, umb jarzit, umb gulte uf husern und uf andern guetern, die man ab lösen mag, das man das alles abledgen und ablösen sol ouch uf die nechsten sant Regeln tult mit alten pfenningen und von dannen hin nit furbas, wan mit nuwen pfenningen.

² Es ist ouch gesetzet, das der Rat Zürich drii bescheiden manne nieman (nennen) sol, die alten pfenning besehen, da mitte die lute uf das vorgevant zil den andern gelten mugen, durch das nit kriege zwischen den schuldenern und den gelten da von werd und swas die die driie oder der merteil under in heissent geben oder nemen, das sol man tuon an wider rede.

Wechsel und den gesamten Geldverkehr, sondern schuf sich auch eine scharfe Kontrolle über den freien Handel mit Edelmetallen, wie auch ein Vorkaufsrecht für diese. Zu diesen monopolisierenden Massnahmen vereinigte sich offensichtlich das politische mit dem fiskalen Staatsinteresse.

Wie wir schon angedeutet haben, war die Münzhoheit des Rates von Zürich in erster Linie eine faktische; formell bestand das Münzrecht der Aebtissin noch zu Recht. Wenn der Rat eine neue Münze ausprägen wollte, holte er sich hierzu die formelle Erlaubnis der Aebtissin ein. Die Stadt stand also in diesem Falle in einem formellen Pachtverhältnis zur Abtei. In diesem Sinne haben wir auch die Münzverleihung vom 14. Januar 1350 durch die Aebtissin Fides von Klingen an den Bürgermeister Rudolf Brun und an den Rat von Zürich zu verstehen.

Mit der Mitte des 14. Jahrhunderts ging also nach unsern bisherigen Feststellungen der Rat von Zürich im Kampfe um die Münze mit der Abtei siegreich aus. Der Rat griff in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber in das Münzwesen ein, bestimmte den Münzfuss und den Kurs des zürcherischen Geldes; die Stadt Zürich wurde infolgedessen selbst Münzhoheit. An dieser Tatsache können auch die späteren Münzverpachtungen an zürcherische Privatpersonen durch die Aebtissinnen nichts ändern. Es handelte sich in solchen Fällen nicht um eine Delegation des Prägerechtes, sondern vielmehr um eine Wahrung des nur formellen Münzrechtes der Abtei und um die Schaffung einer Geldquelle; denn die Klosterverwaltung befand sich dauernd in finanziellen Nöten.

Eine solche Münzverpachtung an Bürger Zürichs fand statt unter der Aebtissin Beatrix von Wohlhausen den 4. April 1364 auf die Dauer von 4 Jahren; weitere Verpachtungen kamen zustande den 1. März 1376, den 10. März 1380 und den 10. Dezember 1388 mit einer Vertragsdauer von je 3 Jahren. Aebtissin Anna von Brunau

verlieh die Münze den 3. Februar 1400 an Zürcher Bürger, ebenfalls mit einem Pachtrecht von 4 Jahren. Ein weiterer Münzvertrag mit der längsten Vertragsdauer von 10 Jahren wurde den 10. August 1405 unter der Aebitssin Benedicta von Rechberg eingegangen und kurz nach Ablauf dieses Kontraktes wurde die letzte Münzpacht den 6. Januar 1415 durch die Aebtissin Anastasia von Hohenklingen wiederum auf 3 Jahre verliehen ¹.

Wie schon erwähnt, hatten diese Münzverpachtungen lediglich für die Abtei die Bedeutung einer Einnahmequelle, einer raschen Beschaffungsmöglichkeit von Bargeld, da in jedem Pachtvertrag gewöhnlich eine einmalige Zahlung einer hohen Gebühr bei Antritt des Münzrechtes durch die Pächter vereinbart wurde. Es war dies der beste Kompromiss, der zwischen Abtei und Stadt zustandekommen konnte; der Schein der Beibehaltung des Münzprivilegs und ein gewisser Gewinn aus diesem wurde der Abtei gewahrt; tatsächlich aber war es der Rat, in dessen Hand das Münzrecht lag. Auf diese Tatsache weisen uns vor allem die vielen Ratsverordnungen, die jener ersten vom Jahre 1335 das ganze 14. und 15. Jahrhundert nachfolgten, eingehende Bestimmungen, die das gesamte Münzwesen auf gesetzlicher Basis ordneten, obschon das Recht der Ausprägung der zürcherischen Münzsorten pachtweise an Bürger von den Aebtissinnen noch viele Jahrzehnte hindurch übergeben wurde.

¹ G. von Wyss, *Geschichte der Abtei Zürich*.

DRITTES KAPITEL

Münzkonventionen Zürichs mit schweizerischen Städten.

1. Die Münzkonvention von Brugg (20. Januar 1344).

Mit dem Aufblühen des Handels im spätern Mittelalter in den Städten der jetzigen Schweiz und Deutschlands machte sich allgemein eine Bewegung zur Vereinheitlichung des Münzwesens geltend. Die Städte waren untereinander in rege wirtschaftliche Beziehungen getreten; ferner wandelte sich mit der Entwicklung des Handels der blosser Warenaustausch zum grössern Teil in den Geldverkehr um; Silber- und in stets zunehmendem Masse auch Goldmünzen traten als Zahlungsmittel auf und kamen mit den reisenden Kaufleuten von einer Stadt in die andere in den Verkehr. Mit dem Zeitpunkte, wo die Ware der einen Stadt mit dem Gelde der andern bezahlt wurde, entstand auch die erste Währungsfrage und die Schwierigkeit der Wertbemessung des fremden Geldes; denn beinahe jede grössere Stadt hatte im Mittelalter ihren eigenen Münzfuss, ein verschiedenes Feingehaltverhältnis, ein anderes Verhältnis von Schrot und Korn in den Münzen als die Nachbarstadt und wiederum eine verschiedene Ausprägungszahl der einzelnen Geldstücke aus der Gewichtseinheit (Mark) des Edelmetalles. Ueberdies, war auch die Gewichtseinheit nicht überall dieselbe, so dass es durch derartige Umstände sehr schwierig sein musste, den Wert fremder Münzen nur nach ihrem Gewichte in einheimischem Gelde festzustellen.

Die handeltreibenden Städte suchten daher auf dem Wege von Konventionen eine gewisse Vereinheitlichung des Münzwesens zu erstreben. Das Ziel dieser Vereinbarungen war gewöhnlich zu hoch gesteckt worden; erreicht wurde höchstens ein einheitlicher Umwechslungskurs für die Münzen der Kontrahenten, eine gegenseitige

Verpflichtung, die Abänderung des Münzfusses möglichst zu beschränken und schliesslich die Bestimmung eines Einheitspreises für Silber zu Münzzwecken.

Die Münzkonvention von Brugg vom 20. Januar 1344 hatte ihre Vorgeschichte in einer Vereinbarung zwischen Zürich, Basel und Oesterreich auf einer Zusammenkunft in Aarau vom 9. Juli 1343. In Aarau wurde die Ausserkurssetzung der Bürgdorfer, Berner und Solothurner Münzen beschlossen. Das Verbot der Zahlungsannahme und der Zahlung mit dem verrufenen Gelde sollte sich über das gesamte Gebiet der drei Kontrahenten erstrecken. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen wurden auf die schärfste Weise sanktioniert; die Person, welche solches Geld mit sich führte und bestohlen wurde, konnte keinen Rechtsanspruch geltend machen; für die Gerichte bestand in solchen Fällen kein Zwang zur Fahndung nach dem Diebe. Ausserdem gewärtigte der Inhaber des verrufenen Geldes eine Busse im Werte von der Hälfte der Summe an verbotenen Münzen, die er im Moment der Entdeckung besass¹. Diese besonders scharfen Bestimmungen

¹ Anno domini millesimo CCC^oXLIII^o. Man sol wissen, das wir ze rate worden sin von der muntze wegen : swas pfenningen ze Burgdorf, ze Solotren und ze Bern geschlagen sint sider dem nechsten sant Johans tag ze Sungichten, das die nieman nemen sol in kouffen wise, und ouch nieman da mitte kouffen noch verkouffen sol ze Thurgou und Argou, noch in dekeinen stette da dise drije nuwe muntzen gan suln in dekeinen weg and geverde. Wer aber das tete, der sol mit namen ze buosse geben funf pfund nuwer pfenningen minen herren. Wer ouch dieselben alten pfenning in das lant fuerte, wurden si dem genommen, der sol sinen schaden haben, und sol enkein gerichte darnachgan. Keme er aber hin, das si im nicht genommen wurden, so sol er des halben teiles gevallen sin alles des guet, so er danne fuerte, ob er er des beiset wurde. Was aber der alten pfenningen ist, die vor dem genanten sant Johans tult geslagen wurden, da mitte mag man wol kouffen und verkouffen untz uf disen nechsten sant Jakobs tag, der nu kumet, als man da har gewonlich getan hat. Wer aber nach dem selben sant Jakobs tag mit den vorgehenden muntzen deweder verkouffet oder kouffet, der sol der vorgehenden buosse gevallen sin. Were aber, des der kouff als gross uber funfzig pfund oder mere wurde, wer den kouff tete, der sol das besseren als sich danne der rat erkennt in der stat, da der kouff beschicht, und der zuo geben die vorgehenden funf pfund ze buosse. Es ist ouch beredet, wer der were, der diser vorgehenden drijer muntzen dekein fuerte ze wechsel oder ze verkouffene in der vorgehenden drijer stetten dekeine, wurde es dem genommen, der sol sinen schaden haben, und sol enkein gericht darnach gan. Were aber, das er da mitte hin keme, das es im nicht genomen wurde, was er

lassen sich hauptsächlich dadurch erklären, dass Städte mit vollwertigen Münzen eine Abwanderung ihres guten Geldes in Gebiete mit unterwertiger Währung erleiden mussten, wenn nicht rechtzeitig mit schärfsten Massnahmen seitens der Regierung eingeschritten wurde. Anschliessend an das Aarauer Abkommen, erliess der Rat Bestimmungen, die vor allem den Zweck hatten, den Geldwechsel zu monopolisieren und den Silberhandel unter staatliche Kontrolle zu stellen. Der Silberpreis durfte nicht vom freien Handel bestimmt werden; die Regierung, die im Besitze der Münzhoheit war, sollte bei ihren Silberankäufen nicht durch Schwankungen im Marktpreise der Edelmetalle einer ungünstigen Preisbildung ausgesetzt sein. Dieses Ziel der Stabilität des Silberpreises suchte nun der Rat einerseits durch die Zentralisation des gesamten Edelmetallhandels auf die Münzstätte und die städtische Wechselbank zu erreichen; andererseits bestimmte der Rat selbst in Verordnungen den An- und Verkaufspreis für Silber und sanktionierte seine Erlasse mit Bussenandrohungen. Auch durfte Silber nur mit Erlaubnis des Rates aus der Stadt ausgeführt werden. Als weitere notwendige Folge aller dieser Ratsbestimmungen, die auf eine straffe Zentralisation des ganzen Geldwesens in den Machtbereich des Staates hinzielten, erscheint auch das Verbot des Wechsels von Münzsorten ausserhalb der städtischen Wechselbank¹. Infolgedessen war es auch der Rat, der

danne gefueret hat, es si silber oder pfenning, des sol er den halben teil ze buosse gevallen sin. Wir haben ouch beredet und sin des uberein komen, wer das unser muntzmeister ze keiner oder dekein husgenos (Goldschmied) oder ieman ander der silber brennet, der vorgeschriben alten pfenningen dekeinen koufte oder wechselte, der sol in semliche schuld gevallen sin, als ob er den valsch geschlagen hette. Und ist dis beschehen ze Argouwe an der nechsten mitwochen vor sant Margareten tag. (Abdruck : Stadtbücher. Zeller-Werdmüller.)

¹ Der burgermeister und der rat und die burgere sint gemeinlich uberein komen : swer dekein silber turer kouffet oder verkouffet, dann man es in der muntze git, der git von ie der march silbers 5 β als dicke, so es geschicht.

Der burgermeister. . . die rete und die burgere ze Zürich sint gemeinlich uberein komen : swer nuwe pfenninge oder rechtes silber als bruchsilber her bringet, als swas man bi der gewicht verkouffen wil, das man das alles des ersten in die muntze

die Kursfähigkeit der fremden Münzsorten bestimmte und deren Währungsparität in zürcherischem Gelde festsetzte.

Alle diese in Handel und Verkehr tief eingreifenden Bestimmungen vermochten sich jedoch nur dauernde Geltung zu verschaffen, wenn sie sich allgemein durchsetzen konnten. Wir wollen damit sagen, dass eine einheitliche Regelung des Münzwesens in verschiedenen Städten, die miteinander in unmittelbaren wirtschaftlichen Beziehungen standen, eine notwendige Forderung für ein Gedeihen des Handels wurde. An der Regelung des Münzwesens wurden im ausgehenden Mittelalter nach

tragen und ouch da verkouffen sol, und sol ieder man für sich und für sin wip und für sin gesinde versorgen und verhueten, so verre si kunnen ane geverde, das enkein wechsel von der stat gefueret werde, wan das derselbe wechsel in die muntze kome ane furzug. Were ouch, das dekein gast oder burger der böesen pfennigen von Burgenden und von Berne (die zu Aarau verrufenen Solothurner, Burgdorfer und Berner Pfennige) icht her brechte, den suln sie beiden, dem burgermeister und dem rate oder den muntzmeistern ane furzug, und sol ouch enkein burger enkein silber von der stat fueren ane des rates urlop. Und ist aber herunder usse gelassen guldin, turney (französische schwere Münzsorten, zu Tours ausgeprägt. Diese Silbermünzen im Werte von 12 Pfennigen, « Grossi », Dickmünzen geheissen, gaben Veranlassung zur Prägung der böhmischen « Grossi », den Groschen. Anmerkung Zeller-Werdmüllers.) ambrosier (Mailänder Münzen, diese trugen das Bildnis des Mailänder Bischofs Ambrosius, und waren in Zürich im 14. und 15. Jahrhundert eine sehr gangbare Münze), crucer, Costanzer und haller (halb Pfennige, welche zuerst in Schwäbisch-Hall geprägt wurden. Anm. Zeller-Werdmüllers.) die mag ein iechlich man wol kouffen von der muntze umbetwungen, und doch also, das enkeiner umb das, so in muntze gehöert, mere geben sol, danne man in der muntze dar umbe geben wil ane geverde.

Ouch hat man beredet, das goltesmide wechsele und ander burger ze Zürich allen wechsel wol kouffen mugen, also swas si wechsels kouffen, das si den nien-dert hin anders senden noch geben, wan in die muntze, und ist aber her under einem iechlichem goltesmide usgelassen, das er wol allen wechsel kouffen mag, den er im selber oder andern luten verwurken wil ane geverde.

Es ist ouch beredet, das enkein Gauwertscher noch Jude von hinnen hin enkein muntze lihen sol, wan alleine unser nuwen pfennigen, die man ietze slecht in unser stat, und die sich in gelichent, das sind nuwe Baseler und Zovinger pfennige (Wir antizipieren hier die Bestimmungen der Brugger Konvention, nach welcher Basel und Zofingen für die Mark fein Silber nicht mehr als 4 Pfund, Zürich nicht mehr als 4 Pfund 1 Schilling bezahlen sollten. Die Differenz von 1 Schilling lässt sich entweder durch den höheren Silberpreis in Zürich oder durch das grössere Gewicht der zürcherischen Mark erklären) und swas ouch die Gauwertschin oder die Juden der alten pfennigen ieman vorliehen hant, da suln si von den luten unser nuwen pfennige, so man ietzo slecht 16 fur einen schilling der alten, nuwen pfennige nemen ane wider rede. Hac constitutiones pro argento, moneta et cambio factæ sunt crastine Agathe anno . . . etc. (Zürcher Stadtbücher, Zeller-Werdmüller.)

und nach immer mehr Kreise innerhalb der Volkswirtschaft interessiert; die Münze hörte auf, nur dem Fiskalinteresse zu dienen; sie glitt mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte aus dem Machtbereiche der Fürsten und sonstigen monarchischen Machthaber in die republikanische Macht der Städte und wurde schliesslich aus einer blossen fiskalen Einnahmequelle das Leben spendende und Leben erhaltende Blut im wirtschaftlichen Körper. Als auch die Städte in rege Beziehungen untereinander traten, entstanden bald gemeinsame wirtschaftliche Interessen der Städtegruppen. Da aber das Metallgeld bei einem entwickelten Gütertausch als Zahlungsmittel eine hauptsächliche Bedeutung gewann, mussten sich in erster Linie die gemeinsamen Interessen von verschiedenen Hoheitsgebieten im Münzwesen selbst zentralisieren, es musste vor allem eine einheitliche Münzpolitik ins Leben gerufen werden. Ein Schritt in dieser Richtung war mit der Vereinbarung zwischen Zürich, Basel und Oesterreich in Aarau unternommen worden; eine abgeschlossene Gestaltung erfuhren die Verhandlungen jedoch erst in der Konvention von Brugg vom 20. Januar 1344. Kontrahenten dieses Münzvertrages waren wiederum die Stadt Zürich — auch die Fraumünsterabtei war formell vertreten —; der Bischof und Rat von Basel und Oesterreich, vertreten durch den Landvogt Herrmann von Landenberg, Hauptmann und Pfleger der Herzoge von Oesterreich im Thurgau und Elsass¹.

Die Aufgabe, deren Lösung sich die drei Vertragsgegner zum Ziel setzten, bestand zur Hauptsache in der Stabilisierung der bestehenden Währungen. Eine einheitliche Münze sollte noch nicht geschaffen werden; die bisherigen Geldsorten blieben in ihrem unterschiedlichen Münzfusse erhalten. Die stabile Bewertung der einzelnen Münzen suchte man auf zwei Wegen zu erreichen. Die erste Gruppe

¹ Bernhard Harms, *Die Münz- und Geldpolitik Basels im Mittelalter*.

der Vertragsbestimmungen ging von der gegenseitigen Verpflichtung aus, den Münzfuss nicht von sich aus abzuändern. Damit jeder heimlichen Münzverschlechterung vorgebeugt wurde, setzte man das Gewicht und den Feingehalt der verschiedenen Geldsorten verträglich fest. Zürich verpflichtete sich, 4 \bar{w} 7 β 3 ss aus der feinen Mark auszuprägen. Dieser Münzfuss wies gegen denjenigen von 1335 eine erhebliche Verschlechterung auf, denn damals wurden 3 \bar{w} oder 60 β aus der feinen Mark geschlagen; Basel und Zofingen setzten dagegen ihren Münzfuss auf 4 \bar{w} 6 β 6 ss für die feine Mark fest.

Eine weitere Stützung der Währungsstabilität suchte man in der Normierung eines festen Silberpreises; die Mark fein Silber sollte im Ankauf nicht über 4 \bar{w} zu stehen kommen; einige Ausnahmen wurden Basel und Zürich zugestanden; erstere Stadt konnte die Mark Silber von ihren Goldschmieden um 4 \bar{w} 6 β einkaufen; Zürich dagegen zahlte nur 1 \bar{w} über den allgemein festgesetzten Kaufpreis hinaus.

Den zweiten Weg, den man zur Sicherstellung der einzelnen Währungen beschritt, zielte dahin, den Einfluss des neu auftretenden Goldgeldes, der florentinischen Gulden auf die Preisbildung des Silbers mit Massnahmen aufzuheben, die den Geldverkehr beschränken sollten. Der florentinische Gulden begann seit dem 14. Jahrhundert bei umfangreicheren Handelsgeschäften in immer grösserem Masse die städtische Silbermünze zu verdrängen, und drohte daher, das bestehende Wertverhältnis zwischen Silber und Gold zu Ungunsten des ersteren zu beeinflussen. Um nun dieser drohenden Uebermacht des Goldes im Münzwesen entgegenzuwirken, beschlossen die Vertragskontrahenten zu Brugg, dass die Münzwerkstätten kein Silber mit Gulden einkaufen sollten. Diese Einschränkung konnte aber nicht auch auf den privaten Geldverkehr und Handel erstreckt werden; jedoch hatte man allein schon mit dieser Bestimmung den Hauptzweck erreicht, da ja

die Münzstätten per se das geeignete Feld für Agiotage waren¹.

Zusammenfassend können wir als grösste Errungenschaften des Brugger Münzvertrages den Zusammenschluss grosser und bedeutender Hoheitsgebiete zur Wahrnehmung gemeinsamer münzpolitischer Interessen erkennen. Dieser Gedanke einer einheitlichen Währungspolitik einer Gruppe von autonomen staatlichen Gebilden, wie sie die Städte Zürich, Basel und das Fürstentum Oesterreich darstellten, gewinnt erst an eminenter Bedeutung, wenn wir uns erinnern, dass die Münze von den Lehensherren anfänglich nur als eine Einnahmequelle betrachtet wurde

¹ Text aus den Urkunden des Brugger Vertrages :

Allen dien .. kunden wir ... daz wir mit gueter vorbetrachtung einhellklich durch gemeiner nutz und notdurft dez landes und unserer stetten uberein komen sin von unserer muntzen wegen, die wir uf geworfen haben, daz die belieben sullen in allen dien gedingen nnd ordnungen, als hie nach geschriben stat. Dez ersten sol die muntze von Zovingen bestan also, daz von dem fure uf ieklich march silbers gan sullen vier phunt sechse schilling und sechse phenning der phenningen, so der muntzmeister von Zovingen machet. Aber uf ieklich march in der muntze ze Basel sullen gan ouch von dem fure vier phunt sechse schilling und sechse phenning, und uffen die march in der muntze Zürich vier phunt siben schillinge und drije phenninge ouch von dem fure der phenningen so man ieklicher diser muntzen machet. Doch sol man die selben Züricher march vinden bi Zovinger und bi Basler march umb vier phunt und sibendhalben schilling also, daz si doch bi Züricher gewicht bestande und vier phunt und achthalben schilling, als vor geschriben ist. Es sullen ouch die vorgeante muntzin bestan, daz si nut gelichtet noch geschwecht werden... Es sullen ouch die vorgeanten unser muntzmeister enkein march silbers turer kouffen denne umb vier phunt der phenningen, die in disen vorgeschriben dien muntzen gand. an allein der muntzmeister von Zovingen ... Es mag ouch der muntzmeister von Zürich ... Es mag ouch der muntzmeister von Basel ein march silbers wol kouffen umb vier phunt und sechse phenninge von dien husgenossen, als ir recht ist, und von nieman andern. Es ensullen ouch die selben muntzmeister enkein silber umb dekeinen guldin kouffen, aber andern luten in dien stetten und uf dem lande mugen es wol kouffen umb guldin also, daz es an dem wechsel nut hoher stande denne vier phunt umb ein march. Es ensullen ouch die vorgeanten unser muntzmeister mit inen selben noch mit iren botten enkeinen silber noch warn ze kouffene weder gen Friburg in Brisgow noch gen Totnow noch gen Schœnow noch zu dekeinem silber berg ane geverde, aber anderswa mugen si es wol kouffen also, daz si nut me dar umbe geben denne als vil als vor geschriben stat. Ouch sullen wir gemeinlich vorsehen uf dem lande und dien stetten, es siien burger geste oder wer er si, daz nieman enkein silber turer kouffen sol denne ein march umb vier phunt phenningen der selben muntzen. Wir sullen ouch gemeinlich und ernstlich vorsehen, daz nieman uf dem lande noch in dien stetten enkeinen phenning diser muntzen uswegen seien brennen noch beschriften sol. (Abdruck von Bernhard Harms.)

und dass bei der Festsetzung des Münzfusses nur die fiskalen Interessen des Landesherrn oder einer Stadtobrigkeit bestimmend wirkten. Wir kommen daher durch diese Erwägungen zum Schluss, dass die Epoche des Mittelalters, welche die ersten Münzkonventionen zeitigte, eine Umgestaltung des gesamten Geldwesens hervorbrachte, indem endlich die Münze in den Dienst des wirtschaftlichen Lebens gestellt wurde. Aber auch dieser Gedanke ist nicht als absolut aufzufassen, denn die Münze blieb nach wie vor eine staatliche Einnahmequelle; die Obrigkeiten, die das Prägerecht ausübten, suchten noch fortwährend durch eine sukzessive Heruntersetzung des Münzfusses einen ergiebigen Gewinn zu erzielen. Jedoch ist einwandfrei festzustellen, dass durch die Münzkonvention die Willkür in der Handhabung des Prägerechtes ausgeschaltet, wie auch von nun an die Bestimmung des Münzfusses zum grossen Teile von wirtschaftlichen Interessen abhängig wurde.

2. Die Schaffhauser Münzkonvention (7. März 1377).

Während der drei Jahrzehnte, die dem Abschluss der Brugger Münzkonvention nachfolgten, gelang es nicht, die währungspolitischen Prinzipien dieses Abkommens dauernd einzuhalten. Der Münzfuss wurde fortwährend heruntersgesetzt, und je mehr die Geldsorten geringhaltiger wurden, desto stärker ward der wertbestimmende Einfluss des Guldens. Das Goldgeld hatte überhandgenommen und wurde schliesslich zu einem eigentlichen Wertmesser für die andauernd immer mehr sich entwertende Silbermünze.

Sieben Jahre nach dem Brugger Abkommen wurde bereits der Münzfuss in Zürich auf 5 \bar{u} 13 β 4 sch (4 \bar{u} 7 β 6 sch , 1344) heruntersgesetzt. Im gleichen Jahre 1351 erliess der Rat von Zürich eine Münzordnung, deren Bestimmungen nur im Zusammenhang mit der erfolgten Verschlechter-

rung des Münzfusses zu verstehen sind. An erster Stelle wurde ein Verbot für die Zirkulation der alten Pfennige erlassen¹; ferner wurde eine Frist für die Ablösung von Schulden in alten Pfennigen angesetzt², und im weitern traf der Rat Anordnungen über das Vorrecht der Münzmeister im Silberankauf³, über den Edelmetallhandel der Goldschmiede⁴ und schliesslich wiederum über das Wechselmonopol der Stadt⁵. In dieser Münzordnung vom

¹ Constitutiones novæ monetæ feria quarta ante purificationem anno domini M^oCCC^oLI^o (26. Januar 1351) :

Der burgermeister . . . der rat und . . . die burger gemeinlich sint einhellenklich uber ein komen, das nieman Zürich enkeiner hant ding heimlich noch offenlich kouffen noch verkouffen sol von hinnenhin, wan mit nuven pfenningen und wer her uber marktet von 1 Ⓞ untz 1 β der git 4 Ⓞ . . . etc.

² Hetti aber ieman von einem gelte furbas tag, der sol aber in dem vorgeschriben recht weren uf du zil, als er tag hat. Dis sol sin umb jarzit, umb pfantschilling und umb alle schuld von alten pfenningen und sol ouch ein rat dije erber man dz setzen, was sich die dije oder der mere teil under in erkennen umb die alten den., wel ze gebenne und ze nemmene sin, das sol man stet haben durch das der gelt und der schuldener nicht stoesse mit enander haben.

³ Es sol ouch nieman kein loetig silber noch bruch silber in unser stat kouffen, wan mit des muntzmeisters wissent und willen, wer ouch dekein silber oder den. brent, der sol es ouch zu der muntze antwurten und ze kouffene geben, ist, das man es verkouffen wil, und es unser burger sint, das es danne ist, im selben nicht behalten wil.

⁴ Aber die goltsmit mugen wol bruchsilber und ander silber ane urlop kouffen, also das er das ubrig, des er selber nicht werken wil, ouch zu der muntz antwurten sol.

⁵ Ouch setzen wir, das nieman Zürich enkein wechsel triben noch haben sol, wan dem es der rat mit der muntzmeister wissent erloubt, wan göltgulden, turney, Costentzer, haller und semlich den., die ze brennen in die muntz nicht gehoerent, die mag iederman wol kouffen und verkouffen mit nuwen den. so er wil. Und sol ouch das selbe nieman turer kouffen noch gelten, danne es ouch der muntzmeister giltet, und was ieman also kouffet, wil er das wider verkouffen, das sol er ouch dem muntzmeister des ersten veil bieten und ze kouffene geben, ob er als vil dar umb geben wil, als ander lute. Wolte aber der muntzmeister das nicht tuon noch als tur gelten, so mag er es wol furbas verkouffen umb nuwe den. wem er wil. Was aber des selben gelts eins guldin wert und darunder ieman verkouffen wil, das mag er wol tuon, an des muntzmeisters wissent, als dann der wechsel gat an all geverd. — Es sol ouch nieman kein guldin turer kouffen danne umb 15 Ⓞ 4 Ⓞ nuwer den., uber 1 β Costentzer umb 22 nuwer den., aber 13 haller fur 1 β nuwer den., aber 1 grossen turney fur 17 nuwer den., aber 1 plaphart fur 11 nuwe den. und 1 cruzer umb 5 nuwer den. — Ouch sol nieman in unser stat kein varnt guot kouffen noch verkouffen, wan mit nuwen den. Welt aber einer mit guldinen weren, das mag er wol tuon, also das die burger gen enander die guldin nicht turer geben noch nemen suln, wan als der wechsel an der muntze danne umb die guldin gat. Solte aber ein burger einen gast mit guldinen weren, dem sol er ouch die guldin geben, so er turost mag.

Jahre 1351 ist zu erkennen, dass man von einer straffen Münzordnung, wie sie in den letzten Ratserlassen vorgesehen war, Abstand genommen hatte. Man duldete wieder Wechselgeschäfte ausserhalb der städtischen Wechselstelle, und schliesslich liess man auch die Beschränkungen des Zahlungsverkehrs in Gulden fallen. Für allen Wechsel aber, der sich nicht durch die Münzstätte vollzog, galt nach ausdrücklicher Verordnung des Rates der Kurs, der obrigkeitlich festgesetzt wurde. Der Sinn der Anordnungen und Münzkonventionen der vorangegangenen Jahrzehnte war durch diese letzte Bestimmung des Rates gewahrt; die Bewertung der Silbermünze war nicht der Willkür des Verkehrs abgetreten worden, sondern befand sich immer noch trotz weitgehenden Zugeständnissen des Rates an die Goldschmiede und Kaufleute in der Machtsphäre des mittelalterlichen absoluten Staates.

Dreizehn Jahre nach der letzten offiziellen Heruntersetzung des Münzfusses, also Anno 1351, erfolgte im Jahre 1364 eine neue Münzverschlechterung; es wurden nun 6 \bar{h} 10 β aus der feinen Mark Silber ausgeprägt (1351: 5 \bar{h} 13 β 4 sch). Auch das Wertverhältnis vom Gulden zum Silbergeld hatte sich bedeutend verschoben; 1351 galt der Gulden noch 15 Schillinge, 1364 bereits 21 Schillinge, in der unveränderten Münzsorte gerechnet. Besonders war es die Münzart der Haller, die sich stark entwertet hatte Anno 1351 wurden 13 Haller für einen Schilling berechnet, und 1364 setzte der Rat das Verhältnis auf 21 Haller für den Schilling¹. Die allgemeinen Bestimmungen über Ankauf des Silbers und Wechselmonopol von 1351 wurden anlässlich der neuen Ausprägungen von 1364 wiederholt

¹ Sol ouch nieman kein guldin turor kouffen, dann umb 16 β , item ein alten grossen umb 18 sch , item ein Engelschen umb 6 sch , item 1 krutzer umb 5 sch , item 1 β Kostentzer umb 18 sch , item 1 β Strassburger umb 18.^{1/2} sch , item ein lot sylbers an stebnern umb 3 β 11 sch , item ein lot sylbers an angstern um 5 β 3 sch , item ein lot sylbers an Kostentzern 5 β 1 sch , item ein mark sylbers umb 4 β 10 sch , item ein lot guetz sylbers 5 β 7 sch , item 1 blaphart umb 11 sch , item 21 haller umb 1 β . (Zürcher Stadtbücher.)

und nur der Wechselkurs auf der Basis von 21 Haller pro 1 Schilling in einem besondern Erlasse festgesetzt. Beiläufig sei auch hier bemerkt, dass in dieser neuen Wechselkursbestimmung des Rates die Münzentwertung nicht zum Ausdruck kommt, da die einzelnen Ansätze auf der erwähnten Umrechnung von Hallern in Schillinge gegründet sind.

Eine letzte offizielle Abänderung des Münzfusses vor der Schaffhauser Münzkonvention (1377) wurde in Zürich im Jahre 1370 vorgenommen; die Heruntersetzung des Münzwertes war diesmal nur unerheblich; aus der feinen Mark wurden nun 6 \bar{x} 12 β (1364: 6 \bar{x} 10 β) ausgeprägt. Die Entwertung des Silbergeldes machte sich nach dieser letzten Ausprägung in Zürich immer bedrohlicher geltend; der Gulden stieg von nun an sehr rasch im Werte, so dass bereits im Frühjahr 1376 der Rat von Zürich den Guldenkurs auf 30 Schillinge heraufsetzen musste gegenüber 21 β Anno 1364 und 16 β Anno 1361¹.

Da unter dieser Währungsverwässerung auch die ehemaligen Kontrahenten der Brugger Münzkonvention und ein grosser Kreis von deren Nachbarn litt, führte dieser allgemeine Missstand zum Abschlusse eines neuen Münzvertrages, der Schaffhauser Münzkonvention vom 7. März 1377. Die Initiative zu diesem Kontrakt ging, nach Bernhard Harms zu schliessen, von der Stadt Basel aus, denn auch in dieser Stadt schritt die Entwertung des Silbergeldes im sechsten Jahrzehnt des Jahrhunderts rasch voran, was uns Bernhard Harms in seinem Werke: «Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter»

¹ Münzordnung vom 16. April 1376 : ... wer dem andern alt pfenning gelten sol, der sol im gelten mit dien selben alten pfenningen. die ze geben und ze nemen sint oder aber fur ie 30 β ein guldin oder ein pfunt nuwer pfenning... Er mag ouch wol weren ein gueter alten grossen fur 28 alt \mathfrak{s} , 1 blaphart fur 22 alten, 1 krutzer fur 10 alt, 1 β Costentzer fur 3 β alten ... Es sol ouch nieman kein guldin turer kouffen, dann umb 1 \bar{x} nuwer pfenning, 1 β Costentzer umb 2 β nuwer, 1 β haller umb 1 β nuwer, 1 gueten grossen turney umb 20 nuwen, 1 blaphart umb 15, 1 krutzer umb 6 $\frac{1}{2}$ nuwer \mathfrak{s} . (Zürcher Stadtbücher.)

(Tübingen, 1907) mit einer Tabelle anschaulich vor Augen führt¹. Die Zahl der Kontrahenten des neuen Vertrages war bedeutend; ausser den beiden Städten Zürich und Basel, dem Herzogtum Oesterreich unter dem Herzog Leopold von Oesterreich, der die Münzstätten in Schaffhausen, Breisach, Freiburg, Zofingen und Baden vertrat, waren es der Graf Rudolf von Habsburg (für Laufenburg), Graf

Rechnungsjahr	Wert des Goldens in Schillingen					Durchschnittswert des Goldens in Schillingen
1361/62	9.10	9.10
1362/63	10.00	10.00
1363/64	10.00	10.00
1364/65	10.50	10.50
1365/66	9.70	10.00	9.85
1366/67	10.00	10.00
1367/68	10.00	9.99	10.00	10.00	10.00
1368/69	10.00	10.36	10.82	10.08	10.00	
	12.00	12.00	10.86
1369/70	11.85	11.97	12.12	12.00	13.62	
	12.00	12.00	13.50	12.00	11.88	
	12.17	12.00	12.00	12.00	12.90
1370/71	11.76	12.22	11.93	11.50	12.13	
	11.75	12.00	11.43	12.00	11.33	11.83
1371/72	11.14	11.65	11.00	11.31	10.00	
	11.69	13.13	11.00	10.20	11.00	
	13.27	11.76
1372/73	12.29	11.07	10.66	13.00	13.33	
	12.91	13.83	13.77	14.00	11.50	
	11.50	12.00	12.96	13.00	13.00	13.00 12.67
1373/74	13.83	13.77	14.00	14.00	14.00	
	14.00	14.00	13.98
	14.48	13.66	13.60	12.98	16.50	
	15.00	15.00	15.00	15.00	13.75	
1374/75	13.83	15.28	13.67	13.62	14.00	
	14.00	15.00	13.33	14.00	14.00	14.46
	15.00	16.00	16.00	15.00	15.00	
	13.75	15.00	15.00	
	14.70	15.00	15.88	15.00	14.90	
	15.00	15.00	15.00	15.00	15.00	14.97
	12.00	15.00	15.00	15.00	15.00	
1375/76	15.00	15.00	14.00	15.00	15.00	
	16.00	15.00	15.00	15.00	15.00	
	15.00	15.00	13.00	15.00	
	19.10	19.04	15.05	18.00	19.00	
	19.00	18.24	19.37	20.39	15.00	
1376/77	14.00	16.00	17.00	15.00	14.00	17.86
	15.00	19.00	21.00	24.00	20.00	
	18.00	29.00	29.00	

Hartmann von Kiburg (für Burgdorf), Gräfin Elisabeth von Neuenburg (für Neuenburg), Hannemann von Krenkingen (für Thiengen) und schliesslich die Städte Bern und Solothurn, die sich als neue Kontrahenten hinzugesellten.

Die Schaffhauser Münzkonvention setzte sich das Ziel, wie wir schon angedeutet haben, die Silberwährung gegen die auftretende Goldwährung zu schützen und endgültig zu befestigen. Der Kampf gegen den Gulden stand nicht etwa im Zeichen einer wirtschaftlichen Notwendigkeit und Nützlichkeit; denn das Goldgeld konnte infolge seiner Stabilität für den Handel und Verkehr nur vorteilhaft wirken; die schroffe Stellungnahme der einzelnen Münzherren gegen den Gulden lässt sich vielmehr durch die Gefährdung von Fiskalinteressen der Städte und Fürsten durch ein stabiles Goldgeld erklären. Denn nahm der Goldverkehr überhand, wurde die Wertbestimmung des Silbergeldes vom jeweiligen Silbermarktpreis in Gold vollständig abhängig, und auch eine Verminderung des Feingehaltes der Silbermünzen musste durch den Wertmesser Gold sofort fühlbar werden. Die Interessen des Fiskus kreuzten sich demnach mit einer reellen Geldwirtschaft, wie sie durch das Auftreten der goldenen wertbeständigen Münze bedingt wurde. Die mittelalterlichen Münzherren erblickten im Münzregal nichts anderes als eine bedeutende Einnahmequelle; das Münzwesen erschien ihnen nicht als wirtschaftlicher Faktor, nicht als die notwendige Grundlage für Handel und Verkehr, sondern vielmehr als eine Art indirekter Steuerquelle. Jede neue Ausprägung sollte möglichst hohen Gewinn abwerfen; dies aber war nur zu erreichen, wenn die neuen Münzen eine Herabminderung des Feingehaltes bei gleichem Nennwerte erlitten. So lange nun der Gulden nicht in den Geldverkehr trat, wurde diese innere Wertverminderung des Silbergeldes nicht gleich fühlbar, die entwertete Silbermünze behielt anfangs noch die gleiche Kaufkraft, oder diese

nahm wenigstens nicht im entsprechenden Verhältnis mit der tatsächlichen Entwertung der Münze ab. Wie aber der Gulden als allgemeines Zahlungsmittel in den Verkehr trat, wurde jene Täuschung über die Kaufkraft der entwerteten Silbermünze unmöglich; denn sobald Silber gegen Gold umgetauscht werden musste, trat der wertbeständige Goldgulden als Wertmesser auf: für Gold wurde eine der Entwertung der Silbermünzen entsprechend grössere Summe von Silbergeld bezahlt.

Der Autor der «Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter», Bernhard Harms, gibt uns ein anschauliches Bild über die Einwirkung des Guldens auf den Geldverkehr in der Stadt Basel im letzten Jahrzehnt vor der Schaffhauser Münzkonvention. Wir geben einen Teil seiner Ausführungen im folgenden mit seinen eigenen Worten wieder:

«Der Rat von Basel nahm 1373 eine Reduktion des Feingehaltes um 15,7% vor. Nominell berührte dies den Geldbesitzer zunächst nicht; sobald er aber gezwungen war, Gulden einzuwechseln, trat das Verhängnis ein. Hatte er früher 11 β gegeben, so forderten die Wechsler nunmehr 13 bis 14 β . Die Kaufkraft seines Silbergeldes war gegenüber allen Gütern, die mit Gulden bezahlt wurden, sofort um den Prozentsatz der Feingehaltsherabsetzung (die er früher vielleicht überhaupt nicht bemerkt haben würde) gesunken. Oder ganz konkret: Ein Gegenstand kostete Anno 1370 10 Gulden und 1374 auch 10 Gulden; der Silberbesitzer musste 1370 110 β , 1374 aber 140 β bezahlen! Oder ein anderes Beispiel: Jemand hatte im Jahre 1370 eine Anleihe von 400 Gulden gemacht, die er mit 24 fl. verzinsen musste. Um diese 24 fl. zu kaufen, hatte der Schuldner zunächst nur 240 β ausgeben müssen, später aber 336 β , so dass der früher 6prozentige Zinsfuss in einen 7,6prozentigen umgewandelt war.

Diese Vormachtstellung des Goldes hatte aber auch noch eine andere Folge. Da den Inhabern der Silbermünzen

das Wertverhältnis zwischen den einzelnen Prägungen jetzt sofort klar wurde, machte man auch im blossen Silberverkehr einen Unterschied zwischen alten und neuen Pfennigen. Hatte z. B. ein Gläubiger im Jahre 1362 von den uns bekannten guten Angstern 100 lb. zu 6 Prozent ausgeliehen, so erhielt er 6 lb. jährlich. Diese 6 lb. galten im Jahre 1362 12 Gulden. Zehn Jahre später aber bekam der Gläubiger für seinen Zinsbetrag nur noch 10,2 fl. und im Jahre 1377 sogar bloss 6,6 fl. Kein Wunder, dass der Gläubiger nun verlangte, die Zinszahlung solle in neuen Pfennigen nach Massgabe ihres Verhältnisses zu den Gulden vor sich gehen, so dass er nach wie vor 12 Gulden für den Zinsbetrag einlösen konnte. Der Schuldner freilich liess sich darauf nicht ein, weil seine Verpflichtung schlechtweg auf 6 lb. lautete.»

Der Gulden hatte die Münzpolitik der einzelnen Münzherren aufgedeckt; jede Wertverminderung der Münzen zu Gunsten des Fiskus konnte nun von jedermann erkannt werden, und die nun offenkundig labilen Währungsverhältnisse begannen für Handel und Verkehr verhängnisvoll zu werden. Der Schaffhauser Münzvertrag sollte nun allen diesen Missständen durch einen Zusammenschluss grosser Wirtschaftsgebiete zum Zwecke einer gemeinsamen Münzpolitik abhelfen. Vor allem erkannte man, dass es dringende Notwendigkeit war, ein festes Verhältnis zwischen Gold- und Silbermünze zu schaffen. Aber auch hier wurde wieder der grosse Fehler begangen, dass man die Gesetze der Geldbewertung übersah und infolgedessen ein Wertverhältnis aufstellte, das nicht auf dem freien Geldverkehr basierte. Der Gulden wurde dem Werte von 15 Schillingen gleich bewertet. Dieses Verhältnis entsprach nicht im geringsten dem tatsächlichen Goldwerte des Silbergeldes jener Epoche; denn im Jahre 1377 wurde durchschnittlich 18 Schillinge für einen Gulden bezahlt; gegen Ende dieses Jahres stieg sogar der Guldenkurs vorübergehend bis auf 29 Schillinge. Die Hauptbestimmungen der Schaff-

hauser Konvention zielten auf die Festsetzung eines Zwangskurses für die Silbermünzen hin. Die übrigen Bestimmungen des Abkommens decken sich zum grossen Teil mit jenen der vorangegangenen Münzkonventionen, nur sind sie diesmal bedeutend schärfer formuliert und mit ungemein harten Straffolgen sanktioniert. Leuten, die Münzen einschmelzen und eigenmächtig in ihrem Feingehalte verringern, wird die Konfiskation ihres Vermögens und in besonderen Fällen sogar das Abschlagen der Finger angedroht; auch jene, die Münzen ausführen, gehen der Beraubung jedes Rechtsschutzes verlustig, und werden sie aufgegriffen, wird bestimmt, dass man ihnen die Hände abschlage¹.

¹ Item man sol ouch die phenninge versuochen e daz man si malet, und sol ouch der die phenninge ze malende hat, sweren zuo den heiligen keinen ze malende denne die, die im die antwurtent, die zuo derselben muntz gesetzt sint ze versuochenen, und wenne man si versuocht, welhes werck denne ringer finden wirt, denne hie nach geschriben stat, das ist die zehen schillinge am vierdung zwene phenninge, item der funfzehen schillingen am vierdung drye phenninge, item das phunt am vierdung viere phenninge. Welhe aber ringer funden wurde, die sol man wieder einsetzen und brennen, und sol der muntzmeistr den schaden haben. Wurde aber es als swache funden und als dick, daz die, die es versuochent, uff ir eyde dunkte, doch daz es ze geuerlich were, so sol man zuo dem muntzmeister richten nach recht. Item wer die phenninge beschrotet, dem sol man die vinger abslahen und henken. Wer ouch die nuwen phenninge usliset und sie brennet, der sol lib und guote verfallen sin dem richter in dem gericht da er es tuot. Und wer silber oder die gemuntzet phenninge von dem lande fuert, wer im die nimt, der sol es halbes haben und dem richter, in des gericht er es nimet, halb geben. Wurdent aber sie im nut genomen und wurde iemande darumb angesprochen und mit zwein erbern mannen erzuget oder moecht er sin mit dem eyd nut usgan, so sol das guote dem gericht verfallen sin, als ob es im uff dem Lande genommen were, und sol das der richter bi sinem eyde nemen, und hat er sin nut, so sol man im sin hande abslahen. Es ist ouch beredt, wer der sie, er sie herr oder stette die muntz habent, und uff dirre dreier muntz bliiben, dero muntz sol man verruoffen in allen muntzen, daz die niemands neme. Und wer die slueg, es die muntzmeister oder knecht, wa die begriffen wurden, ob den sol man richten nach recht ane gnade. Wer ouch dieselben böesen muntz under die andern muntze brecht, sie werent geistlich oder weltlich oder fröwen, oder man, ob dem sol man richten als vor geschriben stat. — Were ouch ob iemande der in disen muntzen geschafft were, ein muntz erwerben hett oder erwarbe, der sol diser dryer ordnung e eine nemen und sol ouch die versorgen mit briefen und eyden ze halten in aller der wise als vorgeschriben stat. Tet er das nut, so sol man sin muntze verbieten und nut nemen als wite die muntzen gande, die gehorsam sint. Wer im ouch silber zuofuert, der sol die neue liden als ob er es von dem lande fuerte. — Ouch sol man die nuwen muntze in allen stetten und kreysen als wite si gande nemen ieglich nach dem wechsel, als es sich gezuhet und als vorgeschriben stat.

An diese allgemeinen Bestimmungen, welche die Stabilisierung der Währung unterstützen sollten, schlossen sich solche mit nur technischer Bedeutung an. Es wurden Verfügungen über Verrufung und Bewertung der alten Pfennige getroffen¹. Die neuen Pfennige wurden mit Drilling bezeichnet, welcher Ausdruck offenbar darauf zurückzuführen ist, dass drei Pfennige bisher auf einen Strassburger gingen. Der neue Drilling stand an Wert der entsprechenden alten Silbermünze bedeutend nach.

Zu erwähnen ist noch, dass die neue Goldwertbestimmung der Silbermünze von 15 Schillingen für den Gulden nicht bei allen Kontrahenten Geltung haben sollte; nur Basel hatte sich diesem Währungsverhältnis zu unterziehen; Freiburg dagegen sollte den Gulden 10 Schillingen und Zürich 20 Schillingen gleichsetzen. Für Zürich bedeutete dies einen Münzfuss von 6 \bar{x} 14 β aus der feinen Mark, eine Verringerung also um 2 Schillinge gegenüber dem Münzfusse von 1370 (6 \bar{x} 12 β). Nach dem zürcherischen Münzverhältnis sollten die Grafschaften und Städte Kyburg, Neuenburg, Baden, Solothurn und Schaffhausen ihre Ausprägungen vornehmen.

Eine allgemeine Währungseinheit im Gebiete der Eidgenossenschaft war durch die Schaffhauser Münzkonvention nicht erreicht worden. Das Ziel, das man sich in

¹ Ouch sol man fur den nechsten kunftigen phingstag der alten angstere von keinen muntzen me nemen... Item ie der herr oder ie die stat, die die muntzen habent, die mugent da selbe den wechsel besetzen, wie man nemen soelle die alten angstere und die nuwen boesen angstere gegen den nuwen guoten muntzen, die man nu da slahende wirt, und wie si den wechsel besetzt, also sol ouch denne der wechsler oder der muntzmeister, der da den wechsel hat, die alten angstere und die nuwen boesen angstere in dem selben kouffe hin in nemen und im der nuwen gueten phenningen hinusgeben als der wechsel da selbe besetzt ist, untz uff den obgenanten phingstag.

(Anschliessende Ratsverordnung von Basel :) Rat und ... meistere nuwe und alte habent einhellechlich besammet und erkennt uff den eyd, als die nuwe muntz ietz usgegangen ist, daz man dise jare friste us, das ist, von diesem nechsten vorgegangenen phingstag, ein nuwen phenning fur zwene zins phenninge geben sol, wenne aber sich die jarzal verläuft und vergat, so sol man dannathin mit den nuwen phenningen zinsen, ein nuwen fur ein zinsphenning.

(Texte übernommen von Bernhard Harms.)

diesem Münzvertrage gesetzt hatte, war lediglich eine gegenseitige Vereinbarung von aneinander interessierten Wirtschaftsgebieten über die Festsetzung und Stabilisierung des Guldenkurses. Das Mittel aber, das eine dauernd gleichmässige Entwertung der Silbermünze gegenüber dem Golde gewährleisten sollte, war völlig verfehlt und erwies sich in der Folge tatsächlich auch als unwirksam; es war das Mittel der staatlichen Befehlsgewalt, ein Hoheitsakt der Münzherren ohne Rücksicht auf die Wertgesetze, die sich frei aus dem Verkehr ergeben.

3. Die Basler Münzkonvention (14. September 1387).

Die Bestimmungen der Schaffhauser Münzkonvention hatten nicht vermocht, eine weitere Entwertung der Silbermünze zu verhindern. Der Versuch, auf dem Gesetzeswege, durch das Mittel der staatlichen Herrschergewalt, ein festes Verhältnis zwischen der Gold- und Silbermünze herzustellen, war misslungen. Bereits ein Jahr nach der Schaffhauser Konvention wurden in Basel 16 Schillinge für einen Gulden bezahlt und kurz darauf stieg der Guldenkurs bis auf 19 Schillinge. Auch das Silber zu Münzzwecken musste, den Schaffhauser Bestimmungen entgegen, zu einem weit höheren Preis, als in diesen vorgesehen war, angekauft werden.

Von Basel aus, wo die Münzverhältnisse, nach den Ausführungen Bernhard Harms' zu schliessen, die schlechtesten waren, gingen die ersten Anregungen zu einem neuen Münzvertrag. Basel hatte bereits einen Entwurf geschaffen, in welchem diesmal eine Vereinheitlichung des Münzfusses für alle Kontrahenten ausser Freiburg vorgesehen wurde¹. Der Gulden sollte nun in allen Ge-

¹ Item wir die vorgenanten herren und græfin von Nuwenburg und wir die vorgeschribnen stett soellent slahen ein phunt fur einen guldin und sullent geben umb ain march silbers funf phunt und zwelf schilling der selben muntz und nit mer und soellent tuon zuo der selben march acht luot spis und sullent soroten uff vier

bieten, die im letzten Vertragsabschluss einbezogen waren, dem Pfund Silber, also 20 Schillingen, gleichgesetzt werden; nur Freiburg im Breisgau hatte das Recht, auf seinem bisherigen Wertverhältnis, 10 Schillingen für den Gulden, zu verharren. Mit diesem Entwurfe ging man einer realeren Münzpolitik entgegen; der innere Wert der Silbermünze sollte nicht wie bisher übersehen werden. Das Verhältnis vom Gold- zum Silbergeld war nun dem wirklichen Verkehrswert der beiden Münzsorten anzupassen. Die übrigen Bestimmungen des Entwurfes sind wiederum inhaltlich mit jenen der vorangegangenen Münzverträge identisch¹.

luot ein phunt und sehzezen phenning und soellent drissig und zwen schilling der selben phenning wegen sechs luot, die selben luot soellent vier luot fins silbers uss dem fure tuon. Si soellent den knechten geben ze lon von ieder march zwen schilling der selben phenningen und uff zwanzig march ze furgewicht sechtzthalb luot dar umb si ez wol wis machent.

¹ Man sol ouch die phenning versuochen, e daz man si malt, und sol, der da die phenning ze malende hat, sweren zuo d-n hailigen kainen phenning ze malen denne die ime geantwurt werdent von den, die zuo derselben muntz geordnet und gesetzt sint ze versuochen . . . Item wer dekainerlay muntz beschrotet, dem sol man die vinger abslahen und henken. Wer ouch disu muntz usslese und seyete, die swæren uss den liechten oder der si brennet, der sol lip und guot verloren hain und sol daz vervallen sin ainem ieglichen richter oder der statt, do er ez tuot. Und wer dekain silber oder dis gemuntzet phenning von dem lande fueret, daz sol meniglichem erlobet sin ze nemen, und wer ez also nemet und uffhabet, der sol es ledlich halbes haben vor aller menlichen ane gestrauft und in der statt, da es uffgehoben wirt, da sol der under halb tail belyben. Were aber, daz derselbe, der ez also von dem lande fuerte, nicht begriffen wurde und ime daz silber nut genomen wurde, in welchem gerichte oder in welcher statt der selbe darnach ergriffen oder angesprochen und mit zwain erbern mannen bewiset wirt, zuo dem sol man richten nach recht. Wurdet aber er nit mit zwain bewiset, mag er denne mit synem ayde dez unschuldig sin, so ist er ledig. Ob aber er den ayde nit tuon woelt, so sol er aber so vil guotes verloren hain dem gerichte oder der statt, alz er von dem lande gefuert hat, ze glicher wise, alz ob ez im uff dem velde oder in dem gerichte oder in der statt genomen were, und soellent daz aller herren vœgt schulthaisen und rat by iren ayden innemen. Und hat er nicht so vil an dem guot, so sol man im sin hande abslahen. Welher herre oder statt sin muntze halt und phenning slahen wil, der sol diser zwain ordnungen aine uffnemen, als vorgeschriben stat. Swelher daz nit tuot, dez phenning sol man verbieten in allen unsern kraissen. Ez sol ouch nieman nach dem vorgeschriben unser fruowen tag hin dehein alten angster nemen noch damit kouffen noch verkouffen. Ey wem si aber begriffen wurden, da sol man si schroten, won si in dem alten brief ouch verbotten sint. Ez soellent ouch alli kouff beschehen by disen nuwen muntzen. Item ie der herre und ie dei statt und die so muntzen habunt, die sullent daselbes besetzen, wie man alle fremd muntze ze glichem wechsel gegen den nuwen phenning nemen soely. Man sol ouch sunder-

Der Entwurf erlangte in dieser Form nicht Gesetzeskraft, und auch die Unterhandlungen auf dieser Basis führten erstmals zu keinem Ergebnis. Wie Bernhard Harms annimmt, ist die störende Ursache für das rasche Zustandekommen der neuen Münzkonvention darin zu suchen, dass um diese Zeit eine Fehde zwischen dem Herzog Leopold von Oesterreich und den eidgenössischen Orten und deren Verbündeten ausgebrochen war. Die Münzverhältnisse wurden durch diese Umstände nur noch zuchtloser; die neuen ausgeprägten Münzen verloren fortwährend an Feingehalt, obschon sie zum gleichen Nennwert wie die alten ausgegeben wurden. Nach den Feststellungen Bernhard Harms' über die Münzverhältnisse in Basel zu jener Epoche war der Guldenkurs in den Jahren 1384/85 bereits auf 19 Schillinge gestiegen und erreichte in den zwei folgenden Jahren die ausserordentliche Höhe von einem durchschnittlichen Jahreskurse von 26 Schillingen. Bernhard Harms schreibt über diese Missstände folgendes: « ... Damit war der Tiefstand des Münzwesens im 14. Jahrhundert erreicht. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, dass Handel und Verkehr unter solchen Umständen empfindlich zu leiden hatten; als selbst-

lich wissen, was ain ieclicher wechzler gemuntzender phenningen, von welherlay muntz daz ist, dem silber nach imkouffet, der sol dieselben gemuntzenden phenning nieman herwider ussgeben by dem ayde, so er gesworen hat, wen daz er si in die muntze ze kouffen geben sol . . . Ez soellent ouch alle muntzmeister sweren zuo den hailigen, allez daz, so hie vorgeschriben stat, ungevarlich ze halten, und iren knecht ouch alle haissen sweren, die phenning ungevarlich glich zuo dem se jer ze schrotende. (Ez sol ouch ain ieclicher herr, der die malyzen behalt und ouch besorge, daz die versuochten phenninge in sinem hus oder in aines andern erbern mannes hus gemalet werdet und nit in der muntze by den gesellen, der umb das dehainer lichter phenning daraus gelait werde und die sweren darvon genommen werden. Und sullent die muntzgesellen den mallen geben.) Ez soellent ouch herren und stett aigentlich besorgen und behueten, daz dehain silber, so in den bergen vallet ze Munster, ze Totnuw oder anderswa, und an dienen, so ez brennet und zaichnet und sunderlich an den zaichen ze Totnow, und ouch alle ander silber, daz von phenning oder von silbergeschirr oder von dehainen ander sachen vallet, daz ez niendert hin kome denne in die muntze. Man sol ouch besorgen in den stetten goltsmit wechslter koufflut kraemer und allermenlich so silber hat, daz erz niendert hingebe denne in die muntze, wo im daz wirt. (Text übernommen von Bernhard Harms.)

verständlich muss auch angesehen werden, dass um diese Zeit der Wert des Guldens in die Höhe schnellte ... Kein Wunder, dass sich angesichts dieser traurigen Münzverhältnisse Bestrebungen bemerkbar machten, die ihre Aenderung durch einen neuen Vertrag herbeizuführen versuchten.»

Die neue Münzkonvention kam auch in Basel den 14. September 1387 zustande. Es wurde der grosse ober-rheinische Münzbund geschlossen; die Zahl der Vertragsmitglieder übertraf jene der vorangegangenen Konventionen; dem Münzvertrag von Basel pflichteten im ganzen 11 adelige Herren und 17 Städte bei, deren Gebiete wiederum 71 Städte und Herrschaften umfassten. Die Aufzählung und die Reihenfolge der Kontrahenten geben wir im folgenden nach der Aufstellung Bernhard Harms' wieder; es waren dies:

1. Herzog Albrecht, für sich und Leopolds Söhne und die münzberechtigten Städte Freiburg im Breisgau, Schaffhausen, Breisach, Zofingen, Villingen, Bergheim und Tonna; dann für die nicht münzberechtigten Städte Rheinfelden, Säckingen, Waldshut, Diessenhofen, Stein, Winterthur, Zell, Rapperswil, Frauenfeld, Sursee, Wietlisbach, Olten, Aarau, Brugg, Mellingen, Baden, Bremgarten, Lenzburg, Aarburg; für die breisgauischen Städte Neuenburg a. Rh., Kentzingen, Endingen, und für die sundgauischen Städte Altkirch, Pfirt, Belfort, Blumenberg, Tattenried, Maasmünster, Thann, Sennheim und Ensisheim;

2. Bischof Friedrich von Strassburg, für die Städte Rufach, Sultz, Egisheim, Heiligenkreuz und Margoltsheim;

3. Graf Rudolf von Habsburg, für Rothenburg;

4. Graf Hans von Habsburg, für Laufenburg;

5. Graf Berchthold von Kyburg, für Wangen;

6. Gräfin Elisabeth von Neuenburg;

7. Freiherr Hermann von Krenkingen, für Thiengen;

8. die Städte Basel, Zürich, Luzern, Bern, Burgdorf, Thun, Unterseen, Aarberg, Laufen, Solothurn, Kolmar,

Münster, Kaiserberg, Mülhausen, Reichenweiler, Zellenberg und Türkheim ;

9. Bischof Imer von Basel, für die Städte Delsberg, Laufen, Liestal, Biel und Neuenburg ;

10. Abt Wilhelm von Mürbach, für St. Amrein, Wattweiler und Gebweiler ;

11. Herr Brun zu Rappoltsstein und Graf Heinrich von Sarwerd, für Rappoldsweiler.

Der Gedanke zur Schaffung einer Zentralisation im Münzwesen für ein möglichst grosses Wirtschaftsgebiet, wie er bereits vom Basler Entwurfe von 1383 aufgenommen worden war, fand im Vertrage von 1389 seinen vollen Ausdruck. Die Zentralisation sollte durch eine einheitliche Münze für alle Kontrahenten geschaffen werden ; dieses neue Geld musste zum Golde im Verhältnis von 20 Schillingen für den Gulden stehen. Es sollte somit allgemein das Wertverhältnis, das man im letzten Vertrage für Zürich festgesetzt hatte, Geltung gewinnen. Auch war man durch die vielfachen und enttäuschenden Erfahrungen zur Einsicht gelangt, dass eine Geldbewertung, die sich nicht in vollem Masse im wirtschaftlichen Verkehr begründen lässt und nur zwangsweise mit staatlichem Willen festgesetzt wird, auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten war. Man entschloss sich, eine zwar beschränkte Elastizität im Wertverhältnis von Gold- und Silbergeld zuzulassen. Es sollte der Wechsel von Gulden in Silbermünzen mit einem Agio von zwei Pfennigen pro Gulden gewährt werden. Unzweifelhaft musste sich diese Konzession als zu gering erweisen, da das Verhältnis von 20 Schillingen für den Gulden wiederum der starken Entwertung der Silbermünzen nicht entsprach. Um diesen Guldenzwangskurs nachhaltig zu stützen, griff man wieder zu dem sehr zweifelhaften Mittel der Strafandrohung ; es wurde im Vertrage bestimmt, dass jene, die das gewährte Agio von zwei Pfennigen überschreiten, mit 5 Pfund Silber bestraft werden sollten. Auch die übrigen Strafbestimmungen der

Basler Münzkonvention sind identisch mit jenen der bisherigen Abkommen, auch wurde hier wieder eine eingehende Regelung für die Ablösung von allen Schulden in der neuen Münze vorgesehen¹. Die Verordnungen über Schrot und Korn des neuen Einheitspfennigs sind in diesem Vertrage minuziös gehalten; es wurde hier sogar eine Akkordauslöhnung der Münzknechte pro Mark Silber festgesetzt. Der Münzfuss für die Einheitsmünze entsprach bis auf eine kleine Abweichung jenem der Zürcher Münze vom Jahre 1377; die gesetzliche Goldparität des neuen Silbergeldes war also jene der zürcherischen Münze laut dem Schaffhauser Abkommen².

¹ Item waz ouch geltschulden gemachet sint bi einem jare vor dirre ordnung und datum diz briefs, die mag und sol man bezalen und gelten mit denen phenningen, die ouch sidmals gemunczet sint hinnathin bis uf sant Martins abent nechst komende und darnach nut. Waz aber vor einem jare geltschulden gemachet sint, die sol man gelten und bezalen mit semlichen phenningen, so man jecz slahende wirt. Wa aber widerkoeffe ouch bi einem jare gemachet sint, die mag man ouch ablesen und widerkouffen biz zu unser frowen tag ze liechtmesse ze nechst, also daz man ie ein phunt dirre nuwen muncze geben sol fur dirssig schilling haller oder nutlin. Item es sol ouch dehein wechsele noch niemant ander, wer der sie, me umb einen gemeinen guoten guldin geben denne ein phunt der egenanten phenningen noch ze gewinne nemen, denne zwein phenning an einem guldin, so er in herus verkouffent wil, daz si ouch alle sweren soellent. Und was sie guldinen in kouffent, die soellent si ouch fuerderlich her wider usz verkouffen, wenne ez an si gevordert wirt, by den selben eyden. Weler daz uberfuere und die guldin thurer koufte oder verkouffte, der sol funff phunt ze besserung vervallen sie dem herren oder stat, da er denne hin gehoert, als dieke daz beschicht, und sol ouch eins daz ander ruegen, wer den uberfuere. Item es soellent alle munczmeistere zuo den heiligen sweren diz also ungevarlich ze haltende und ir knechte ouch dar zuo halten ze swerende die phenning glich zuo dem seyer ze schrotende ungevarlich. . . Item es soellent ouch die herren und stette menglich, es sien phaffen leyen geistlich oder weltlich, cristen oder juden, gebieten und sweren heissen, wer silber hat oder im wirt, es si gebrant silber geslagen silber, bruchsilber oder phenning silber, daz si verkouffen wellent, daz si daz niemant ze kouffende gebent, der ez von dem lande fuere, noch si ez selber von dem lande verfuere, und sol ouch ein ieglicher herre und stat daz selb bei inen versorgen, so si beste mugent. . . Es soellent ouch ie der herre und stat, die munczmeistere und knechte, der si gewalt habent, halten und dar zuo wisen, das si bi den selben loenen blibent und dar umb werkent, ob si sich da wider sperren woelten.

² (Es sol geschlagen werden) ein phunt fur einen guldin und soellent geben umb ein march silbers sechs phund derselben muncze und nutt me, und soellent tuon is einer march sechs lot spis und soellent schroten uf vier lot ein phund vier schilling und vier phenning und soellent der selben phenningen drissig und vierdhalb schilling sechstehalb lot wegen, und soellent die selben sechstehalb lot vier vines silbers ueber dem fure geben, so man si versuocht. Den knechten sol man geben von ie der march ze lone zwein schilling und acht phenning und uf zweinczig march dru lot ze furgewicht. (Bernhard Harms.)

Auch das Basler Münzabkommen zeitigte in keiner Weise die praktischen Folgen, welche man vorausgesetzt hatte. Zürich hielt sich bei seinen neuen Ausprägungen im folgenden Jahre 1388 nicht an den allgemeinen Zinsfuß und an das Wertverhältnis von Gulden und Silbergeld, wie zu Basel vereinbart worden war. Die zürcherische Münzstätte lieferte im Jahre 1388 Münzen zum Fusse von $7 \frac{2}{3} \beta$, der somit eine Verringerung von 9 Schillingen gegenüber dem letzten Münz fusse von 1377 aufwies, welcher letzterer nach dem Basler Vertrag für die neue Einheitsmünze auch von Zürich einzuhalten war. Für die übrigen Kontrahenten entstand nun die Schwierigkeit in der Bewertung der neuen gegenüber den alten Pfennigen, sofern sie die Einheitsmünze einführen wollten. Eine Regelung dieser Frage wurde den 5. Januar 1388 mit einer Konferenz in Rheinfelden versucht¹. Im Anschluss an dieses ergänzende Abkommen erliess der Rat von Basel den 25. Januar 1388 eine Verordnung über das Verhältnis der neuen und alten Münzen und die Ablösung von alten Schulden. Es wurde folgendes bestimmt: Alle Schulden, die vor mehr als 10 Jahren in neuen (damals neuen) Pfennigen kontrahiert waren, sollten in einem Münzverhältnis von je zwei jetzt ausgegebenen Pfennigen auf einen 77er und 70er Pfennig zurückbezahlt und amortisiert werden. Gelder, die in Stebler aufgenommen wurden, waren mit der

¹ Item des ersten sol man wissen, waz gult uf gelouffen ist, sidr unsers Herren fronlichnam tag in dem LXXXVI jar uncz uf disen tag, dieselben schulden sol man geben mit den hallern und den munczen, so da zwuschent geslagen sint hinnant dem heiligen abent ze estran dem nechsten, wurd daz nut dazwuschent bezalt, der sol denne bezalen mit der nuwen muncz, die man denne slecht und slahen wirdet. Waz ouch schulden und gulten vor unsers Herren fronlichnam tag im LXXXVI jar gemacht sint, dieselben schulden sol man gelten und bezalen bi den nuwen phenningen, so man iecz so slahen wirt. Item waz ouch widerkoeff mag man ouch abloesen, ouch uncz uf den osterabent ze nechst mit hallern und phenningen, so in den ziln geslagen sint. Wer daz denn nit tete, der mag dar nach loesen uncz uf sant Johansstag abent ze suniechten, also daz man ie 1 lb. der nuwen phenningen fur XXX β hallern von im nemen und geben sol. Item wer aber daz ouch nit tete, der sol dannathin loesen mit nuwen phenningen. Item ez ist ouch beredt, daz man die nuwen muncz usgeben sol uf den nechsten ostertag und soellen danne alle ander leut munczen ab sin, die vormals geslagen sint.

gleichen Summe an neuen Pfennigen zurückzuvergüten. Darlehen der letzten drei bis vier Jahre waren in einem Wertverhältnis von zwei neuen zu drei alten Pfennigen abzuzahlen. Diese letzte Anordnung steht im Widerspruch mit dem in der Basler Konvention festgesetzten Münzverhältnis, da der Guldenkurs in bedeutend grösserem Masse als nur um ein Drittel reduziert werden sollte¹. Das Rheinfelder Abkommen blieb wiederum erfolglos; die Kaufverträge wurden in den mannigfaltigsten Münzsorten abgeschlossen; von einer Einheitsmünze, die nach dem Basler Vertrag valutarisch den Geldverkehr bestimmen sollte, lässt sich keine Spur nachweisen. Vielmehr belastete der neue Pfennig, wo er zur Ausgabe gelangte, den Geldverkehr bedeutend, und diese neue Münze trug nur dazu bei, die hemmende Mannigfaltigkeit im Münzwesen zu vergrössern. Schliesslich gaben die Kontrahenten selbst den Versuch einer Münzcentralisation auf. Anlässlich eines Streites zwischen dem Adel und den Städten über die Währungsfrage bei gegenseitigen Zahlungen wurde den 12. April 1390 eine Konferenz nach Baden berufen. Teilnehmer waren: die Städte Zürich, Basel und Bern; der Adel war vertreten durch Reinhard von Wehningen, Herzog Albrecht, den Bischof von Strassburg usw. Der Antrag Reinhard von Wehningen wurde in diesem Abkommen entscheidend; sein Urteil ging dahin, dass allgemein der Schuldner seine Schuld in jener Münzsorte zahlen solle, in welcher sie ursprünglich kontrahiert worden war².

¹ Anno LXXXIII sabbato post Agnetis ist erkennet von alten und nuwen reten waz kouffen daher vor zehen jaren beschehen sint mit nuwen phenningen, die man wider umb kouffen und abloesen wolte, daz man da zwein diser nuwen phenningen fuer ie einen nuwen phenning egenant geben sol und da mit abloesen und widerkouffen. Wa aber koeffe mit stebler phenningen ouch also beschehen sint vor zehen jaren sol man geben einen dieser nuwen phenningen fuer einen stebler phenning, so man also widerkoeffet und abloeset. Und waz koeffen aber beschehen sint under zehen jaren har undoz an vier oder drie jare, da sol man geben drie diser phenningfuer zwein phenning nach dem, als sich denne die rete oder die zehen an dem gerichte erkennet ungevarlich.

² ... da iedermann bi sinen schuld briefen sulle beliben beide umb haupt guot und ouch umb zins, das im vergueten sulle werden nach siner haupt brief sag, es si umb guldin oder umb welkerley muncz die hauptbrief sagen.

Der Zustand der Dezentralisation war somit im Münzwesen wieder zurückgekehrt, die Verwirrung im Zahlungsverkehr nahm noch weiter überhand. Nicht nur entstanden Misshelligkeiten zwischen Privaten über die Währungsfrage bei Erfüllung von alten Schuldbriefen und Kaufverträgen, der Streit griff auch in den Zahlungsverkehr der Städte untereinander ein, obschon in diesen Fällen die Badener Regelung einen analog anzuwendenden Vorentscheid bereitgestellt hatte.

Ein solcher Streit war zwischen Basel und Bern ausgebrochen; dieser ging darüber, in welcher Münze und zu welchem Guldenfusse die Stadt Bern den Bürgern Basels die geschuldeten Zinsen und Leibgedinge auszuzahlen hatte. Der Gläubiger Basel berief sich auf die Beschlüsse des Badener Abkommens und verlangte Zahlungen in jener Münzsorte, in welcher die Schuldbriefe ursprünglich kontrahiert worden waren; Bern dagegen wollte nur in neuen Münzen zahlen. Es wurde schliesslich eine Intervention der Städte Zürich und Luzern und des Ortes Unterwalden notwendig. Auf einer Konferenz zu Luzern wurde nun den 2. November 1392 ein Schiedsspruch gefällt, in welchem Bern zugestanden wurde, seine Schulden in der neuen Münze im ursprünglichen Nominalbetrage zu bezahlen, jedoch ein positives Agio von 2 Pfennigen pro Pfund zu tragen. Die Konzession, die dieser Entscheid enthielt, war für Bern um ein vielfaches günstiger, da die Differenz von zwei Pfennigen nicht im geringsten der bedeutenden Münzentwertung der letzten Jahrzehnte entsprechen konnte.

Ein letzter Versuch, um das Basler Abkommen durchzuführen, wurde im Jahre 1393 in Rheinfelden auf die Initiative Basels unternommen. Die kleinere Zahl unter den Kontrahenten des letzten Vertrages hatte die neue Einheitsmünze geschlagen. Das Ziel der Rheinfelder Münzkonferenz bestand daher nur darin, auf Erfüllung der

letzten Beschlüsse zu dringen¹. Basel, die Stadt, welche offenbar für die Vereinbarungen von 1387 den stärksten Impuls gegeben hatte, musste sogar zu Rheinfelden die Mahnung über sich ergehen lassen, zum mindesten einmal die Bestimmungen der Basler Konvention seinem Rate zur Ratifikation vorzulegen².

VIERTES KAPITEL

Das Münzwesen Zürichs im 15. Jahrhundert.

Auch das 15. Jahrhundert ist reich an Münzkonventionen Zürichs mit den Städten und Orten der damaligen Eidgenossenschaft und mit dem deutschen Auslande. Eine besondere und umgestaltende Richtung für das Münzwesen kam bei diesen vielfachen Abkommen nicht mehr zum Ausdruck; kleinere Kreise von Wirtschaftsgebieten beschränkten sich lediglich darauf unter der Initiative Zürichs einen gemeinsamen Münzfuss und Guldenkurs zu vereinbaren. Nachbargebiete, welche sich diesen Verträgen nicht anschlossen, standen gewöhnlich unter der Münzsperrre; es sollte in diese Territorien kein eigenes Silbergeld gelangen, noch durften deren Münzen eingeführt werden.

Trotz der vielen Münzverträge und der mannigfaltigsten Anordnungen für den innern Geldverkehr verminderte

¹ Es sullen ouch alle herren und stett, und die ze munzen hant, unverzogenlich anhaben und die munz slahen in all der wise und mass als die zwen muntzbrieff (Konvention von Basel 1387 und Zusatzvertrag von Rheinfelden 1388) wisent, die ouch nut allen stuken und dis vorgeschriben artykeln in iren kreften beliben sullen.

² Dar zu sullen die von Basel unverzogenlich den muntzbrieff swern und besigeln in alier der masse, als in ander herren und stett geswarn und besigelt hant. (Bernhard Harms.)

sich in Zürich im 15. Jahrhundert der Wert der Silbermünze um annähernd 100%, und im gleichen Verhältnis stieg auch der Guldenkurs. Die im Jahre 1405 neu ausgeprägten Münzen erwiesen bereits eine Wertverminderung von 24 Schillingen gegenüber jenen von 1388. Die Mark Feinsilber wurde nun um $8 \text{ s} 7 \text{ β}$ ausgebracht (1388: $7 \text{ s} 3 \text{ β}$). Der Gulden stieg demnach bis zum Kurse von $25 \text{ β} 2 \text{ s}$. Mit dieser Epoche gewinnt auch der rheinische Gulden in Zürich an Bedeutung. Diese Goldmünze war ursprünglich nach dem Vorbilde des florentinischen Guldens geprägt; selbst das Bild der Lilie wurde auf dem Reverse beibehalten; aber bereits mit dem Beginne des 15. Jahrhunderts verlor der rheinische Gulden an Feingehalt; im Jahre 1405 wies dieser gegenüber der florentinischen Goldmünze ein negatives Agio von 2 Pfennigen auf, zehn Jahre später aber bereits ein solches von $3 \frac{5}{6}$ Schillingen.

Um der fortschreitenden Entwertung der Silbermünze Einhalt zu setzen, griff man zu denselben Mitteln, wie im vergangenen 14. Jahrhundert: es wurden wiederum Verbote über die Einfuhr minderwertiger fremder Münzen und der Ausfuhr des einheimischen hochwertigen Geldes erlassen, Münzvereinbarungen mit fremden Münzherren getroffen, und vor allem suchte man wiederholt den Guldenkurs zwangsweise durch gegenseitige Abkommen und innere Verordnungen festzulegen. In allem diesem lässt sich kein Charakteristikum herauschälen, das einen Unterschied des 15. vom 14. Jahrhundert im Münzwesen Zürichs kennzeichnen könnte. Daher begnügen wir uns auch, die einzelnen Tatsachen, die für die Münzgeschichte Zürichs in Betracht kommen, in chronologischer Reihenfolge darzustellen.

Den 12. September 1416 erliess der Rat von Zürich ein Umlaufsverbot für die Berner, Solothurner und Waldshuter Münzen. Jedoch sollten nur jene Geldstücke aus dem Verkehr ausgeschieden werden, die bei der Prüfung auf ihren Feingehalt im Verhältnis zur Zürcher Münze ein

negatives Agio aufwiesen¹. Diese Verordnung wurde den 13. Juni 1416 anlässlich eines Münzabkommens Zürichs mit Bern und Solothurn wiederholt². Dieses Mal jedoch erstreckte sich das Umlaufverbot nur auf die Berner und Solothurner Münzen, und zwar nur auf solche, die nicht in der zürcherischen Münzstätte im Auftrage der beiden letzteren Städte ausgeprägt worden waren und auch an Feingehalt mit der zürcherischen Münze nicht konkurrierten. Der Münzvertrag mit Bern und Solothurn setzte vor allem das Wertverhältnis der Silbermünze zum Gulden und somit auch den gemeinsamen Münzfuss für die freien Städte fest. Der Kurs des rheinischen Guldens, der mit jener Epoche den florentinischen Gulden zu verdrängen begann, wurde auf 1 \bar{h} 7 β 4 sch festgelegt. Der Münzvertrag sollte die drei Städte fünf Jahre verpflichten. Nebst den Bestimmungen über den Wechselkurs der verschiedenen und damals bereits sehr mannigfaltigen Münzsorten³

¹ Wir der burgermeister, die raet, die zunftmeister und der grosse rat, den man nennet die zweihundert, der statt Zurich haben uns uff disen hutigen tag einhellenklich erkennt, dz man dero von Bern, von Solotern und von Waltzhuot muntzen, die sy ze disen ziten slahent und ietz vast umb gand, in unser statt offentlich verueffen sullen, also dz sy von disshin nieman nemmen sol, won sy nit als swer sind, als die unser und won ouch unser muntz vast da durch wirt geswechert. Doch so behaben wir uns vor, dz wir dis unser erkantnus mindern und meren mugen, wenn uns dz dann besser dunkt getan dann vermitteln... (Zürcher Stadtbücher.)

² Wir haben uns ouch erkennet umb ander muntzen, dann umb unser der von Zurich, von Bern und von Solotern muntz, wz man dero jetz uff unser muntzen geslagen hat, die als guot sint als die unsern und muntzen, die besser weren, dz wir die nut und ander unser muntzen nemen sullen. Man sol aber an dieselben stett, do man uff unz also gemuntzet hat, verscriben, dz wir jr muntzen nemen wellen, doch also, dz si hoeren slachen und nit mer muntzen, woelten si aber dz nicht tuon, so sol man dieselben muntzen verrueffen und dz sol man inen ouch schriben... (Zürcher Stadtbücher.)

³ Wir der burgermeister, die raet, die zunftmeister und der grosse rat, den man nennet die zwey hundert, der statt Zurich verscriben umb dz es menlichem dester wissentlicher sie, als jetz ietz manig sit vil gebresten in dem land gewesen ist, als von der muntze wegen... das wir da uff hutigen tag durch gemeines landes eren, richen und armen nutz und notdurft willen ob den sachen gesessen syen, haben uns mit einander underrett und uns geeinbaert einer werschaft mit unsern lieben eidgenossen von Bern und von Solotern funf gantze jar die nechsten nach einander komment ze halten jn der masse und mit den worten als hie nach geschriben stat.

Dem ist also, dz man einen guldin, den man nennet schiltfranken (die französische)

wurden wiederum solche über das Wechselmonopol der drei Städte getroffen. Bemerkenswert ist ferner auch im Vertragstexte die lakonisch gehaltene Anordnung, dass gegenüber Nachbarn, welche sich diesem Abkommen nicht angeschlossen hatten und sich auch weigerten, die zürcherische Münze an Zahlungsstatt anzunehmen, die Münzsperrre verhängt werden sollte¹.

In einer Sitzung vom 20. Juni 1417 befasste sich der Rat von Zürich neuerdings mit dem Umlauf der Berner, Solothurner und Waldshuter Münzen. Es wurde eine Prüfung dieser Geldstücke bestimmt, damit auf Grund des ermittelten Wertverhältnisses diese Münzen mit einem Agio im Geldverkehr zugelassen werden konnten². Diese Verordnung lässt erkennen, dass die zürcherische Münz-

schen königlichen Goldmünzen mit dem französischen Waffenschild), nemen und geben sol umb 33 β 4 ſ .

Item ein tuggaten umb 32 β 2 ſ (venetianische Dukaten im Goldwert von Fr. 11 65).

Item einen Rinschen guldin umb 1 ſ 7 β 4 ſ .

Item ein Ungerschen guldin umb 31 β 2 ſ . (Die ungarischen Genueser und päpstlichen Gulden wurden genau nach dem Fusse der florentinischen Goldgulden geprägt; die ungarischen Gulden wurden später den Florentiner vorgezogen.)

Item ein Florentzer umb 31 β 2 ſ .

» ein Genewer umb 31 β 2 ſ .

» ein baebstler umb 31 β 2 ſ .

» ein alten blaphart umb 16 ſ .

» ein crutz blaphart umb 15 ſ .

(Plapparte mit einem Kreuz auf dem Revers, eine etwas leichtere Münze.)

Item dry funfer umb 16 ſ .

(Drittelsplapparte.)

» ein liechstoker der guet ist umb 13 ſ .

» ein nuner umb 9 ſ .

» ein krutzer umb 9 ſ .

» ein Berner plaphart umb 14 ſ .

¹ Were ouch, dz jeman, wer oder weliche die weren, usserthalb unsern gebieten gessen, unser muntzen die unser ordnung und werschaft mit uns nicht woelte nemen noch halten, da sol nieman gebunden sin, die selben muntzen von jnen ze nemen noch die werschaft gen inen ze halten. (Zürcher Stadtbücher.)

² Item uff den selben tag syen wir ouch uber ein komen von der dryer muntze wegen von Bern, von Solotern und von Waltzhuot, als man meinet, dz die ze schwach syen und sich unser muntze nit gelichen mugen: dz unser statt wechsler und die da mit kunnent, die selben muntzen jekliche jn sunders uf setzen und versuoehen sullent und wie sy denn jekliche findent, wo bi sy bestende, dz soellent sy wider fur uns bringen und sullen wir denn dar uf ze rat werden, wie wir die selben muntzen dannathin wellen halten. (Zürcher Stadtbücher.)

politik schliesslich das ausländische Geld nicht mehr als wertloses Zahlungsmittel behandelte und somit die absolute Ausscheidung fremder Silbermünzen aus dem eigenen Geldverkehr, wie sie das ganze Mittelalter hindurch gehandhabt wurde, grundsätzlich nicht mehr forderte.

Die Münzkonvention zu Konstanz (1417).

Ein Ratsprotokoll vom 14. Oktober 1417 unterrichtet uns über eine Münzkonvention, welche zwischen Zürich und den Städten Schaffhausen, Ravensburg, Ueberlingen, Lindau, Pfullendorf, Wangen, Radolfzell, Diessenhofen und Buchhorn in der Stadt Konstanz abgeschlossen werden sollte¹. Der endgültige Vertragabschluss kam erst im folgenden Jahre 1418 zustande. Eine Dauer von 50 Jahren wurde für das Abkommen vereinbart; tatsächlich aber hielten die Kontrahenten den Vertrag kaum vier Jahre aufrecht.

Die Vereinbarungen über den gemeinsamen Münzfuss enthielten folgendes: Die rauhe Mark sollte aus 7 Lot feinem Silber und 9 Lot Kupfer zusammengesetzt sein; aus der rauhen Mark waren 592 Pfennige (zu 2 Haller) zu prägen; somit wurden aus der feinen Mark 1350 Pfennige oder 11 $\bar{\text{r}}$ 5 β 6 v in Hallern geschlagen (1405: 8 $\bar{\text{r}}$ 7 β). Nach heutigem schweizerischem Münzfuss entsprach das Pfund Haller zirka Fr. 4.60, besass aber einen Verkaufswert, der annähernd das Fünfzehnfache dieser Summe ausmacht. Der Schilling wurde mit 50% Silbergehalt geprägt; er entsprach 12 Hallern. Der Goldgulden sollte im Kurse etwas heruntergesetzt werden, er galt nun 1 $\bar{\text{r}}$ 7 β

¹ Nota, es ist ze wissen, als vil wandels jetz jn dem land ist von wegen der nuwen muntzen, das sich dar umb der ersamen, wisen, der burgermeister und der raet dirr nachges chriben des heiligen Römschen riche stette, mit namen der von Zurich, von Schafhusen, von Ravenpurg, von Ueberlingen, von Lindouw, von Pfullendorf, von Wangen, von Ratolffzell, von Diessenhofen und von Buochhorn erbern treffenden botten zuo samen gefuegt haben gen Costentz jn die statt uff den nechsten donstag. (Zürcher Stadtbücher.)

und wies somit ein negatives Agio von 3 Hallerpennigen gegenüber dem im Berner und Solothurner Abkommen von 1416 festgesetzten Kurse (1 \bar{h} 7 β 4 ſ) auf. Nach den Feststellungen Zeller-Werdmüllers besass der Gulden damals einen Goldwert von Fr. 9.20, wurde aber in Silber nur auf Fr. 6.22 geschätzt. Das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber war demgemäss nur zirka 1 : 10,5.

Zürich konnte sich erst den 21. Juni 1413 entschliessen, Verordnete mit den nötigen Vollmachten nach Konstanz zu senden¹. Nach der Annahme des Vertrages durch den Rat von Zürich erliess dieser Einführungsverordnungen, in welchen ausser den bisher verbotenen Solothurner, Waldshuter und Berner Münzen auch jene des Freiherrn von Krenkingen zu Thiengen aus dem zürcherischen Geldverkehr ausgeschlossen werden sollten². Die Konzession

¹ Wir, der burgermeister, die raet, die zunftmeister und der grosse rat, den man nempt die zweyhundert, Zurich haben uff disen huttigen tag einhelleklich den raeten enpfolchen von den muntzen wegen: als die von Costentz geschriben hatten, dz wir unser botschaft zuo jnen und andern stetten botten, die mit uns jn die muntzen begriffen sint, schiken soelten, dz die selb botschaft uff sant Johans abend ze sungicht ze uacht daselbs ze Costentz were. . . , das da die raet jr botschaft zu den egeseiten tag gen Costentz schiken sullen, und nach dem und die selb botschaft wider umb von Costents scheidet dunket dann die raet notdurftig, so mugent si die selben sach wider umb fur den grossen rat bringen, dunket si aber die sach mit notdurftig wider umb fur den grossen rat ze bringen, so hand si doch gewalt, die sach von der muntzen wegen ze wandlen, als die dunkt, dz gemeinem land nutzlich und erlich sye, und ist dis beschechen.

² . . . sint uber ein komen, dz man nu ze mal die werschaft, als sy mit den von Costentz und den andern stetten von der muntze wegen jngangen sint, halten und dz selb gelt, so die stett, die in der werschaft sint, bisher geslagen hand, nemen sol und einen guldin fur 1 \bar{h} und 7 β des selben geltes ouch geben und nemen sol und das nieman sol gebunden sin ze nemmen Berner, Solotrer, Waltshueter, Tuenger swach haller noch ander muntzen, die swecher sind, dann die vorgenant muntzen, die in der werschaft sint, welle sy aber dar uber ieman nemmen, der nemme sy uff sin recht, und dz jren amptluten verbieten soellent, dz si der ietzigenanten muntzen von Bern, von Solotren, von Tuengen (Münze der Freiherren von Krenkingen und Thiengen, welche seit Mitte des 13. Jahrhunderts zu Thiengen münzten. Obwohl die Freiherren an den Münzvereinbarungen von 1377 und 1387 teilgenommen hatten, schlugen sie schon 1388 geringe Münzen, welche sie unter der Hand in Umlauf zu setzen suchten. Jedoch hat sich bis zu Anfang ees 15. Jahrhunderts die Münzstätte von Thiengen eines von andern Pfennigen leicht zu unterscheidenden Münzbildes bedient. Um 1425 dagegen ahmte sie die neuen Luzerner Angster in betrüglicher Absicht aufs genaueste nach [Anm. Zeller-Werdmüllers]) und von Waltzhut enkeinen nammen noch nieman geben, und dz man einen guoten Behemschen grossen fur 18 ſ nemmen sol und einen guoten sechser fur 6 ſ .

einer Umlaufsfähigkeit fremder Münzen unter einem negativen Agio wurde durch die neuern Bestimmungen wieder fallen gelassen. Im folgenden Jahre, den 30. Januar 1419, erliess der Rat ein neues Verbot der auswärtigen Münzen, das sich nun auch auf das Rheinauer und Zofinger Geld erstreckte¹. Aber diese äusserst scharfen münzpolitischen Anordnungen konnten nur ein Jahr aufrecht erhalten werden. Bereits den 5. Februar 1419 sah sich der Rat veranlasst, den Umlauf der bisher verbotenen Münzen von einem bestimmten Termin wieder zu gestatten². Und schliesslich in einer Münzordnung vom 4. März 1419 hob der Rat das Verbot endgültig auf. Der Wirrwarr im zürcherischen Münzwesen nahm infolgedessen wiederum überhand; die Silbermünze sank fortwährend in ihrem Verkehrs- und Goldwerte, so dass der

Wele aber swach sint, die mag man nemmen oder nit und das plappart, funfer und ander gross gelt ouch bestan sol, alz die ordnung wiset und dz si nu ze mal uff hoeren soellent muntzen. Doch so hand sy dem muntzmeister erlobet die blattman, die er ietz gemacht hat zemalen, ist dz si von den versuochern gerecht funden werdent. Und her jne hand sy vor behbt dis alles ze mindern und ze meren.

¹ Wir, der burgermeister . . . haben erkennt: als beide, arm und rich, groblich geschadget werdent von der muntze wegen, so ietz jm land umb gand, dz wir da semlichen merklichen schaden ze verkommen, alle nuw muntzen, mit nammen Berner, Solotrer, Zovinger, Tuenger, Rinower, Waltzhueter und ander muntzen, die swecher sint, denn die unser die ietz geslagen sint oder ouch geslagen werdent . . . offentlig in unser statt und jn unsern gebieten sullen und wellen verrueffen und verbieten . . . Wer es aber da uber tuot, von dem und von den sullen und wellen wir von jeklichem phunt phenningen funf schilling ze buoss nemmen . . . Wil aber ieman nach dem obegenanten zil semlicher muntzen in unser statt oder gebieten abhampfen, der sol die an unser statt wechsel bringen, und da sol denn unser stattwechsler umb semlich gelt einen jeglichem geben, das bescheidenlich ist, Dar zuo so haben wir uns ouch erkennt, dz wir die vereinung und werschaft, dero wir mit den stetten umb den Bodensee jngen gen syen und versigelt haben, halten sullen mit allem gelt, es syen guldin oder ander klein oder gros gelt, die jarzal us, als die selb verehnung wiset und dz wir unverzogenlich wider anvahen sullen, muntzen uff dz korn, als wir gemuntzet haben und mit den ietzgenanten stetten uberein kommen sven, und sol unser stattwechsler umb einen guldin 1 \bar{e} und 7 β den geben und den hinwider us geben umb 1 \bar{e} 7 β 4 \mathcal{S} . Dar zuo so haben wir die obegenanten zweihundert den raeten enpfolhen, die muntze ze besorgen und schaffen geslagen werden und den wechsel ze besetzen und ouch darzuo ze ordnen, die die vogenant buossen inzuhen, als si dann dz alles dz beste sin bedunket. (Zürcher Stadtbücher.)

² Am sunnentag nach unser frouwen tag purificationis kamen burgermeister und beid raet uber ein, dz iederman die vogenanten verrueffen muntzen von dem andern nemmen sol untz uff die alten vasnacht.

Rat, entgegen den Bestimmungen des Konstanzer Vertrages, den Kurs für den rheinischen Gulden in einem besondern Erlasse auf 1 \bar{u} 8 β hinaufsetzen musste.

Mit dem Jahre 1421 strebte Zürich eine Münzkonvention mit Luzern an; es sollte unter diesen beiden Städten eine gemeinsame Währung auf der Grundlage eines Wertverhältnisses von 25 Schillingen für den rheinischen Gulden geschaffen werden. Vorläufig entschloss sich der Rat nach einem Protokoll vom 15. Juli 1421 zu einer Ausprägung mit einem um einige Schillinge noch geringeren Münzfusse als jenem des Konstanzer Abkommens. Mit der neuen Ausmünzung wurden im Namen der Stadt und der Aebtissin vom Fraumünster drei Bürger betraut¹. Diese sollten sich bei der Ausprägung an folgende Bestimmungen halten: die rauhe Mark Silber war für die Angster Pfennige mit 7 Lot feinem Silber durchzusetzen, es waren aus dem Lot 41 Angster auszuprägen; dagegen sollte die rauhe Mark, aus der 100 Plapparte zu schlagen waren, $8\frac{1}{2}$ Lot feines Silber enthalten. Die letztere Sorte Silbergeld war als typische Währungseinheit Zürichs zu betrachten. Dieser Münzfuss entsprach für die Angster einem solchen von 11 \bar{u} 13 β 2 ♁ auf die feine Mark und für die Plapparte zu 15 Hallern einem solchen von 11 \bar{u} 15 β 4 ♁ .

Zürich trachtete danach, dieser neuen Ausprägung nur provisorischen Charakter zu geben und auf dem Wege einer Münzkonvention zu einer aufgebesserten Währung überzugehen. Ausser Luzern sollte diesem neuen Abkommen auch die Stadt Schaffhausen beitreten. Nach dem Vertragsentwurfe² waren aus der feinen Mark

¹ Wir, der burgermeister und die raet der statt Zurich veriechen und tuon kunt offentlich mit disem brieff, daz wir die erwirdigen genädigen frowen Anastasyen von den hohen Clingen Aebtissin des gotshuss Zurich erbetten und mit irer genaden fruntlich uber komen syen, dz sie die muntz in unser statt verlihen hatn den erbern bescheiden Italen Swartzmurer, Friedrichen Schoenen und Peter Oerin unsern burgern ze unser gemeinen statt handen.

² ... sind burgermeister etc. uber ein komen, dz si ein nuw muntz slahen wellent, 1 \bar{u} und funf schilling fur einen guldin mit unsern eidgenossen von Lucern...

10 \bar{t} 8 β 3 h oder 2499 Pfennige oder Haller und umgerechnet in Angster (Zweipfennigstücke) 1249 $\frac{1}{2}$ Münzen zu prägen. Die feine Mark Silber war hier zu 9 \bar{t} 1 β 3 h gewertet, der Münzmeister sollte pro Mark mit 15 Schillingen entlohnt werden, und somit verblieb der Stadt noch der Schlagschatz von 2 Schillingen auf die Mark gerechnet. Die Angster (Zweipfennig- oder Zweihallerstücke) sollten zu 50% fein ausgeprägt werden, 1248 Angster kamen somit auf die feine Mark. Auch die Plapparte wurden in gleicher Weise ausgemünzt, ihr Feingehalt betrug ebenfalls 50%; aus der feinen Mark waren 208 Plapparte im Werte von 12 Pfennigen oder 1 Schilling zu schlagen. Nach der Auffassung Zeller-Werdmüllers betrug der Silbergehalt des Plappartes 25 Rappen schweizerischer Währung.

Die Bemühungen Zürichs für eine Münzkonvention auf dieser Basis scheiterten an der ablehnenden Haltung Luzerns. Jedoch liess Zürich nicht ab, eine Art eidgenössischer Geldeinheit zu schaffen, indem es nach dem ergebnislosen Verlauf der bisherigen Verhandlungen über eine hochwertige Einheitsvaluta den 25. August 1421 an Luzern den Antrag stellte, gemeinsam mit Zürich den unterwertigen Berner und Zofinger Münzfuss für die neuen Ausprägungen anzuwenden¹. Diese neue Richtung der zürcherischen

Und sol man den von Schafhusen ouch darzuo verkunden, ob sy mit unsern herren und den von Lucern semlich muntz und werschaft jngan und mit jnen muntzen wellen.

Dis ist der egenant notel, als er vor den burgern verlesen wart.

Primo kostet ein march silbers 7 guldin und 1 ort, dz geburt 8 \bar{t} 1 β 3 haller und ist gerechnet 1 \bar{t} 5 β fur einen gulding.

Item wenn man schlecht, so git man dem muntzmeister von einer vinen march 1 guldin fur abgang, ysen, kol, saltz, winstein, sorg und arbeit, so wirt der statt 2 β ze schlagschatz.

¹ Uff den obgenanten tag... hand sich unser herren burgermeister etc... erkennt, dz sy den von Lucern schriben wellent, und hand jnen ouch geschriben... dz sy und Zovingen ietz slahent... Und behaben ouch jnen dar jnne, dz sy ze welcher zit sy guet dunket, es sye ze acht tagen oder ze viertzehnen, oder wenn sy wellent. dero von Bern und von Zovingen muntz uffsetzen und versuochen mugen und wenn sy die swecher findent, denn die iren, dz si ouch denn desglichen an den iren abwellent anheben ze muntzen und pfenning machen uff das korn, als die von Bern setzen wellent, also dz sy alwegen gegen einander gelich bestandent und behaubent ouch jnen vor, dz sy dz mindern oder meren mugen, wenn sy wellen.

Der neue Münzvertrag bedingte für Zürich eine Münzmeisterwahl und eine Aenderung der Amtsvollmachten dieser Person. Bisher war der Münzmeister auch Stadtwechsler in gleicher Eigenschaft; von nun an sollten aber die beiden Aemter getrennt und unabhängig voneinander besetzt werden. Auch beschloss der Rat, den Münzmeister nicht mehr, wie dies bisher der Brauch war, auf eigene Rechnung die Ausprägungen vornehmen zu lassen, sondern diesen mit einem bestimmten Gehalte abzufinden und seine Tätigkeit unter die schärfste Kontrolle zu stellen¹.

Die eidgenössische Münzkonvention vom Jahre 1425.

Kaum war der Münzvertrag Zürichs mit den Städten Schaffhausen und St. Gallen abgeschlossen, begann sich Luzern und mit ihm alle innereidgenössischen Orte zu Gunsten eines neuen Abkommens mit Zürich, welches das erstere annullieren sollte, zu regen. Luzern war in diesem Sinne bereits im Juni 1424 mit einem Gesuche an Zürich gelangt. Der Rat von Zürich antwortete hierauf mit dem Vorwurf, dass er schon viermal vergebens eine Einigung im Münzwesen mit den eidgenössischen Orten, insbesondere mit Luzern angestrebt habe. Während dieser ergebnislosen Unterhandlungen hätten sich jedoch die

(Berner Plapparte konnten zu einem Schilling genommen werden; Berner und Savoyer Fünfer sollten kein Kursgeld sein.)

- b) Goldmünzen: 1 Behemsch zu 16 Pfennigen.
 1 Schiltfranken zu 33 β Stebler.
 1 Dukate und ungarischer Gulden zu 33 Stebler.
 1 Kamer Gulden (päpstlicher Goldgulden) zu 32 Stebler.

¹ Item uff den ... hand unser herren ... sich geeinbert, dz si die muntz und den wechsel selber haben wellent, und dz der muntzmeister swerren soll ze den heiligen, gemeiner statt ze muntzen und ar jnne als getruwlich ze tuond als ob die muntz in siner hand stuende, und sol man jm dry der raeten zuo geben, die alwegen by jm syen, so er gussset oder anders tuot, da by si dann notdurftig sind, umb dz die muntz guot nnd gerecht bestande. Und sind dis die, so by dem muntzmeister also sin und jm zuo luegen soellent: Ital Swartzmurer, Johans Wuest und Johans Koestli. Aber umb den wechsel mit erbern luten ze besetzen in gemeiner statt nemman hand die burger den raeten enpfolken.

Münzverhältnisse derart verschlimmert, dass die Preise in unerträglicher Weise gesteigert wurden, und daher sei in dieser Notlage ein Münzabkommen mit den Städten St. Gallen und Schaffhausen dringende Notwendigkeit geworden. Dennoch erkläre sich der Rat bereit, auf der bevorstehenden Badener Tagsatzung auf die Frage einer Münzkonvention mit den Eidgenossen einzutreten¹. Diese Vorverhandlungen wurden in der Folge tatsächlich den 6. Juli 1424 in der Stadt Zürich selbst gepflogen². Die eidgenössischen Orte stellten hier an Zürich den Antrag, es solle die neue Münze, welche es mit St. Gallen und Schaffhausen vereinbart habe, aufgeben und ein Abkommen auf neuer Basis mit den Eidgenossen abschliessen. Zürich entgegnete hierauf, dass es schon viermal versucht hätte, eine Einigung in Münzsachen mit den Eidgenossen auf den Tagsatzungen von Luzern, Zofingen, Aarau und Baden herbeizuführen; seine Bemühungen seien jedoch an der Interesselosigkeit der eidgenössischen Orte gescheitert; inzwischen sei Zürich von dem minderwertigen Gelde der schwäbischen Städte überflutet worden; die Missstände im Münzwesen hätten sofortige Abhilfe gefordert, und daher habe auch der Rat einen rechtsgültigen Vertrag mit den Städten Schaffhausen und St. Gallen abgeschlossen³. Dieses Abkommen, entgegnete Zürich ferner, besässe eine Rechtsgültigkeit von fünf Jahren;

¹ ... Und were, dz die jren darumb mit andern eidgenossen und ouch mit uns fruntlich tag leisten wellen, die sache also ze volenden, dz si darumb die ir meinung und antwurt bi den botten, so si uff den nechsten tag gen Baden schiken werdent, unser botten daselbs eigenlichen wissen lassen, denselben tag antwurt geben soellent.

² Anno domini 1424 an dem nechsten donerstag nach sant Ulrichs tag sind unser eidgnossen von Lucern, von Ure, von Switze, von Underwalden ob und nid dem wald, von Zug und von Glarus erbern botten vor uns dem burgermeister, den raeten, den zunftmeistern und dem grossen rat, den zweihundertern, der statt Zurich gewesen und hand uns da ernstlich gebetten und ankomen, das wir von der nuwen muntze, die wir ietz haltent, lasse und mit jenen einer muntze und werschaft jngangen, wan si des ein notdurft siu bedunke.

³ . . als wir daher, dz die swaebchen stett muntzen und unser gelt erschussen, das guot verbranten und dz licht dar us lasen, und dz herwider schikten und als das damit ufkouften, das si funden, gross turi und ufsleg an korn und an andern

übrigens sei es nicht Sache der Eidgenossen, münzpolitische Verpflichtungen an Zürich zuzumuten, da die Stadt laut Lehensbrief der Aebtissin vom Fraumünster das Recht habe, auch für das Gebiet der eidgenössischen Orte die Währung zu bestimmen¹. Unter diesem Gesichtspunkte stellte nun der Rat an die Eidgenossen den Antrag, sich dem Vertrag mit St. Gallen und Schaffhausen anzuschliessen unter Zubilligung einer Erweiterung der Vertragsdauer von 5 auf 48 Jahre.

Die Verhandlungen in Zürich führten noch nicht zu einer Einigung. Die Abgeordneten der eidgenössischen Orte erklärten ausweichend sich nicht für bevollmächtigt, im Namen ihrer Regierungen schon jetzt mit Zürich münzpolitische Verpflichtungen einzugehen, hierzu seien noch die Instruktionen der einzelnen Obrigkeiten einzuholen; auch hätte es für einige eidgenössische Orte an der nötigen Aufklärung über die Stellung Zürichs zur Münzfrage gefehlt. Gegen diesen letzten Einwand verwahrte sich der Rat entschieden; er entgegnete den Abgeordneten, den Eidgenossen sei genügend Gelegenheit geboten worden, in den Tagsatzungen sich über die Vorfragen einer Münzkonvention mit Zürich zu orientieren; und seien sie noch nicht unterrichtet, so wäre dies die Schuld ihrer Abgeordneten, welche offenbar ihren Obrigkeiten nur ungenügenden Bericht über die Tagsatzungsverhandlungen erstattet hätten².

dingen machtent, do wurden wir der nuwen muntze ze slahen mit unsern guoten frunden von Schaffhusen und von sant Gallen in ein, haben oueh die funf jar die nechsten versprochen und in semlicher mass verhiessen und versigelt, ze halten, dz wir da von nit kunnen gelassen.

¹ ... als uns duechte, das si billich taeten nach dem und wir herkomen sint und unser geswornen buntbrieff wisent, won doch nieman kein eigen muntz in unser Eidgnossenschaft haben sol, dann wir besunder in den kreisen, als wir jnen erzelt haben. (Der Münzkreis der Aebtissin umfasste die ganze damalige Eidgenossenschaft mit Ausnahme Berns.)

² ... antwurten wir jnen, das were jro botten schuld, die das solten heim bracht haben und die ouch uff den tagen waren; hetten die dz nit getan, dz were uns leid, und wers die schuld nit unser, und nampten ouch jnen unser botten, di uff jeklichen tagen gewesen waren, do wir das an si brachten. (Zürcher Stadtbücher.)

Im November 1424 kam eine zweite Münzkonferenz mit den Eidgenossen in Zürich zustande. In der Vertretung der einzelnen Orte war in den Personen der Abgeordneten eine Verschiebung eingetreten¹, was unzweifelhaft auf eine veränderte Gesinnung der Eidgenossen deutete.

Der Antrag der Eidgenossen ging wiederum auf Auflösung des Münzvertrages Zürichs mit den beiden ostschweizerischen Städten und auf eine Einheitsmünze, basiert auf ein Wertverhältnis von 30 Schillingen und 24 Plapparten für den Gulden. Mit der Befürwortung ihres Antrages betrauten die Eidgenossen den Schultheissen von Bremgarten, welcher denn auch mit grosser Beredsamkeit und dem Hinweis auf die weitere Schädigung, besonders der untern Volksklassen durch die ungeordneten Währungszustände Zürichs zum Einlenken auf die eidgenössischen Vorschläge zu bewegen suchte².

Der Rat liess sich jedoch noch nicht bestimmen; wie in der Konferenz vom 6. Juli desselben Jahres machte er geltend, dass Zürich laut der alten Lehensurkunden die Münzhoheit über das gesamte Gebiet der eidgenössischen Orte besitze; mit andern Worten: es verfocht der Rat die Auffassung, dass den eidgenössischen Orten keine

¹ Schwyz war den 6. Juli durch Rudolf Reding und Werner Hoen vertreten, bei dieser Konferenz aber durch drei Abgeordnete: wiederum durch Rudolf Reding, Werner Hoen wurde ausgeschieden und an dessen Stelle traten Ital Reding und Ulrich ab Iberg, alt Ammann. Auch für Unterwalden trat ein Wechsel ein: den 6. Juli war Erni Willis und nun Arnold von Steinen Abgeordneter. Zug hatte an Stelle der Vertreter vom 6. Juli: Muliswand, Ammann und Hüsler, Hans Kabus und Hans («der witwer») abgeordnet; Glarus an Stelle des Amann Schiessers, Hans Vogel. Nur Luzern und Uri hatten keinen Wechsel in der Vertretung vorgenommen; ersteres wurde durch Heinrich von Mos, Schultheiss und Stadtschreiber von Luzern, und letzteres durch Heini Beroltinger vertreten. Diesmal gab sich Uri mit nur einem Abgeordneten zufrieden, den 6. Juli hatte ausser dem jetzigen Abgesandten auch Werner («der Froewen») diesen Ort vertreten.

² ... do stund unser lieben eidgnossen von Bremgarten schultheiss dar, und hatt uns als ernstlich, als er iemer kond, von den selben unser eidgnossen von Bremgarten und von ir gantzen gemeinde enpfelhens wegen, das wir als wol taten, und den vorgeantenn unsern eidgnossen ir bette ze willen stuenden, won das duechte si armen luten ein grosse notdurft sin, so erzoeigten wir jnen ouch semlich truw und fruntschaft, daran die si swenklich umb uns hetten ze verdienen.

münzpolitische Initiative zustehe und Zürichs Wille in Währungsangelegenheiten für die Eidgenossen massgebend sei. Dass diese Argumentation schon aus politischen Gründen nicht haltbar war, erkannte schliesslich auch Zürich, und daher begründete es seine ablehnende Stellung mit den Verpflichtungen, die es auf die Dauer von fünf Jahren mit Schaffhausen und St. Gallen übernommen hatte. Jedoch liess der Rat in seiner Antwort an die Eidgenossen durchblicken, dass er nicht abgeneigt sei, ihnen zu willfahren, falls durch ihre Intervention der Vertrag von Schaffhausen und St. Gallen gelöst würde. Zur Erfüllung dieser Bedingung erklärten sich hierauf die Eidgenossen bereit¹ und hatten mit dieser Zusage Zürich endlich in die Enge getrieben.

Im Vorfrühling des nächsten Jahres, den 26. Februar 1425, erfolgte durch die Bemühungen der eidgenössischen Orte die Auflösung des Münzvertrages Zürichs mit den beiden ostschweizerischen Städten. Der Ort der Verhandlungen war Winterthur². Der 18. Mai 1425 zeitigte den endgültigen Abschluss der Münzkonvention zwischen Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus. Die hauptsächlichsten Vertragsbestimmungen waren folgende:

Der rheinische Gulden sollte auf einen Kurs von 30 β (Stebler) gebracht werden. Der Plappart war 15 Stebler

¹ ... Uff die unser antwort stunden die vorgeantten unser eidgnossen erber botten uss und meinden, so woelten sich furer etwas mit enander uff die egenant unser antwort underreden, und kamen do wider fur uns danketen, uns semlicher unser fruntlichen antwort, und baten uns daruff, dz wir jnen goenden, die sache an die von Schaffhusen und von sant Gallen ze werben, und were, dz si das an jnen gehaben und geschaffen moechten, dz si uns der egenanten gelupt erliessen, dz wir dann als wol tueten.

² ... und haben uns daruff einhellenklich erkennenet, dz wir si der antwort, so wir unsern eidgenossen geben haben, als vor ist begriffen, wellen beliben, und daruff unsern erbern botten uff den obgenanten tag gen Winterthur schiken, und denen enpfelhen, nach dem und us die von sant Gallen geschriben hand, dz si den muntzbrieff mit jnen fueren. Und sye, dz die von Schaffhusen und von sant Gallen uns der gelupte als von der muntze wegen erlassen und uns unsern jnsigel wider geben, dz dann unser botten sie ouch des gelich erlassen und jnen jrn jnsigel wider geben.

Pfennigen gleichzusetzen; somit gingen 21 Plapparte auf den rheinischen Gulden; auch sollten diese Geldstücke mit 50% Feingehalt geprägt werden; 94 derselben gingen auf die rauhe, also 188 auf die feine Mark. Diese Wertverhältnisse wurden durch einen Münzfuss von 12 \bar{x} aus der feinen Mark begründet (1421: 11 \bar{x} 15 β 4 ss). Nach den Feststellungen Zeller-Werdmüllers besass das Pfund Silber des eidgenössischen Münzabkommens einen Silbergehalt von Fr. 4.33 der Gulden von zirka Fr. 9.20 in heutiger schweizerischer Währung entsprach demnach nur Fr. 6.50 in Silbermünze; es ergibt sich somit ein Wertverhältnis zwischen Gold und Silber von 1 : 11 anstatt des heutigen Verhältnisses von 1 : 15,5.

Die Einführungsbestimmungen, die der Rat diesem Vertrage anschloss, lassen deutlich erkennen, dass für Umrechnungen die Goldbasis die übliche war; alte Schulden sollten nach dem Guldenkurs zurückbezahlt werden, ja die Goldwährung hatte sich bereits schon in so grossem Masse durchgesetzt, dass der Rat eine Annahmepflicht für Silbergeld festsetzen musste¹.

Fünf Jahre nach dem Abschluss des eidgenössischen Münzvertrages entstanden bereits zwischen Zürich und den Eidgenossen Kontroversen über die Aufrechterhaltung einzelner Vertragsbestimmungen, insbesondere über den Guldenkurs. Die Eidgenossen wollten den Wert des

¹ Wo ouch jeman dem andern dehein jerlich gult an gold schuldig ist, dar umb einer brief und insigel hat, da sol und mag jeder man die vorgeschriben jarzal us fur die selben jerlichen gult geben klein pfenning und der muntz, so dann hie vor jm dieser werschaft begriffen ist, mit namen, dz sich geburt fur jeklichen guldin ze nemen und ze geben 30 β stebler pfenning und nit mer, und sol man sich ouch der selben gult mit der jetzgenanten werschaft bezalen lassen und die nemen ane widerred.

Wer ouch, dz jeman von dem andern jcht koufte oder dz einer jcht verkoufte, das were korn, habern, win, gewand oder welicher ley aesiges und bruchigen guetes oder was koufmanschaft suss dz andern were, und da jeman dem andern aningote, umb soelich sin guet geld ze geben und nit klein pfenning, soelich geding sol nicht binden noch kraft haben, dann so verr, wer dz der so kouft hette und bezalen woelte mit kleinem gelt und soelicher werschaft als vor stat, die er dann gehalten mag ungefärlig, und sol sich ouch der verkouffer da mit lassen bezalen ane widerred. (Zürcher Stadtbücher.)

Guldens von 30 auf 32 $\frac{1}{2}$ Schillinge oder 31 Plapparte heraufsetzen. Zürich jedoch suchte den alten Kurs durchzusetzen und drohte sogar, wenn die eidgenössischen Orte nicht einlenken wollten, den Vertrag von 1425 zu annullieren¹. Der Streit wurde den 14. Oktober 1430 auf der Tagsatzung zu Luzern ausgetragen, mit welchen Folgen aber ist aus dem Aktenmaterial nicht ersichtlich. In den folgenden Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts sank der Wert des Silbergeldes wiederum derart, dass anlässlich einer Münzkonvention von 1487, welche durch die Initiative Waldmanns, des hervorragenden Zürcher Bürgermeisters, zustande kam, der Guldenkurs auf 40 Schillinge heraufgesetzt werden musste.



¹ ... wir unser eydgnossen dik und vil gemant habent und zuletzt, das sy dem muntzbrieff nach giengind, die muntz hieltind oder aber uns unser insigel wider gebind, also ist der selb muntzbrieff vor den burgern verlesen. (Zürcher Stadtbücher.)